

Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter
MIT „FRAUENRECHT“ UND „ARBEITSRECHT“

Erscheint jeden Donnerstag. — Redaktionsschluss Sonnabend.
Verantwortlich für die Redaktion: A. Sankes, Berlin NW 40,
Reichstagsufer 3. — Fernsprecher: A 2 Flora 4933.

Verlag: A. Sankes, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3.
Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Bezugspreis: 1,50 M. monatlich. Zu beziehen durch die Post.
Inserate: Die sechsgestaltene Nonpareillezeile bei Arbeitsmarkt,
Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf.

Todfeinde der Arbeiterbewegung

Nach den beispiellosen Erfolgen der Gewerkschaften in den Jahren 1924 bis 1930 wirkt sich der Rückschlag durch die Wirtschaftskrise doppelt aus. Trotzdem bewahren die Gewerkschaften eine bewundernswerte Festigkeit. Eine Erziehungsarbeit von mehr als 40 Jahren ist schließlich nicht umsonst gewesen. Die Massen suchen in den Zeiten einer allgemeinen Haltlosigkeit nach einem Widerstand, der ihnen wenigstens etwas Mut einzuflößen vermag. Diesen finden sie immer noch in den Gewerkschaften. Hinzu kommt noch die große Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften in der Krise. Bereitwilligerweise sind die Kassenbestände für Unterstützungen in einer Weise zur Verfügung gestellt worden, die Bewunderung erregte. Man war einig in dem Ziel, alles zu tun, um die organisierte Arbeiterschaft so gut wie möglich über die schwierige Periode hinwegzubringen.

Den Unternehmern ist es nicht unbekannt geblieben, daß sich die Kraft der Arbeiterbewegung um die Gewerkschaftsbewegung gruppierte. Deshalb eine einheitliche Meinung, die gegen die Gewerkschaften gerichtet war. Welches Unternehmerblatt man auch in die Hand nehmen mag, immer wird man eine feste Grundstimmung gegen die Gewerkschaften und ihren Einfluß antreffen. Die gegenwärtige Zeit wird für sehr geeignet gehalten, die gewerkschaftlichen Vorposten zurückdrängen zu können. Manchmal schlägt die Antipathie gegen die Gewerkschaften in fanatischen Haß um. Deshalb das unablässige Berennen der Regierung Brüning, unter allen Umständen die Schutzgesetze der Tarifverträge, des Schlichtungswesens usw. zu beseitigen. Bis jetzt konnten diese Angriffe noch immer abgeschlagen werden. Aber je länger die Wirtschaftskrise dauert, je mehr steigert sich die Hoffnung auf ein Niederreißen der gewerkschaftlichen Front.

Solchen Bemühungen können wir solange mit ruhigem Gewissen entgegensehen, als wir die besonnene Arbeiterschaft hinter uns haben. Leider ist die Not der Zeit geeignet, gewissen verbrecherischen Elementen das Handwerk zu erleichtern. Die Kommunisten entpuppen sich immer mehr als die Todfeinde der Arbeiterbewegung. Schon die Beteiligung am Volksentscheid war nicht nur eine hinverbrannte Idee, sondern geradezu ein Verbrechen. Die damit eingeschlagene Linie wird weiter beschritten. Die Niederlage vom 9. August hat die von Rußland subventionierte Verbrecherclique nicht nur nicht eines Besseren belehrt, sondern sie geradezu zu neuen Taten ähnlicher Art angestachelt. Diese sogenannte Arbeiterpartei wird geführt von einem Bourgeoisöhnchen aus dem Berliner Westen, Heinz Neumann. Dieser gewissenlose Bursche, der ganz im Dienste Moskaus zu stehen scheint, spornt die Partei zu immer verzweifelteren Unternehmungen an. Allen Anschein nach ist jetzt die Gewerkschaftsbewegung wieder einmal als Kampfziel auserselbst. Nach dem „Vorwärts“ Nr. 395 hat die Parteileitung der KPD. folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Einfluß der Lohnabbaugewerkschaften, des DGB., muß zerbrochen werden, um den Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie zu führen. Wir geben die Parole aus: Im Volksentscheid ging es gegen das Preußenbollwerk der kapitalistischen Ausbeuter — jetzt geht es gegen das Gewerkschaftsbollwerk der kapitalistischen Ausbeuter. Wir verstärken unsere Arbeit inner-

halb und außerhalb der Gewerkschaften, um die gemeingefährlichen Verbrecher an der Spitze des DGB., die als bezahlte Unternehmeragenten immer neuen Lohnraub und Massenverelendung organisieren, einflußlos zu machen. Die Lohnabbaugewerkschaften stehen vor einer schweren Krise (Mitgliederflucht, 500 000 Anhänger haben den DGB. im letzten Jahr verlassen, die Beiträge gehen nicht mehr ein, die Unterstützungszahlungen an Verbandsmitglieder werden um 30 Proz. und mehr abgebaut, Arbeiterbank und gewerkschaftliche Wirtschaftsbetriebe stehen vor dem völligen Bankrott). Die Bestrebungen breiter Mitglieder Massen und ganzer Belegschaften zur massenhaften Beitragsperre müssen tatkräftig unterstützt und zum Uebertritt in die KPD. gesteigert werden.“

Hätte man einen solchen Beschluß jemals für möglich gehalten? Die an der Spitze des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes stehenden Gewerkschaftsführer werden als Unternehmeragenten, ja als gemeingefährliche Verbrecher bezeichnet. Ist es notwendig, solche ehrenwerten und makellos dastehenden Männer gegen solche gemeinen Vorwürfe in Schutz zu nehmen? Das dürfte sich erübrigen. Man bedenke, von welchen dunklen Gestalten solche Vorwürfe in die Welt gesetzt werden! Keiner von denen kann solche Erfolge und Errungenschaften aufweisen, die die Gewerkschaften unter Führung der verhassten Funktionäre in den letzten 12 Jahren zu verzeichnen hatten. Jeder Lohnabbau wurde von den Gewerkschaften mit allen Kräften zu verhindern versucht. Wenn es nicht ganz gelang, dann sind nicht zuletzt jene gewissenlosen Elemente schuld, die die Gewerkschaften durch ihre Minierarbeit geschwächt haben. Daß eine so schwere Wirtschaftskrise Lohnabbaubestrebungen zu fördern vermag und nicht alle bei guter Beschäftigung durchgesetzten Erfolge gehalten werden können, dürften gerade an verantwortungsvollen Posten stehende kommunistische Funktionäre bestätigen.

Die Gewerkschaften haben im Jahre 1930 Mitgliederverluste erlitten. Eine ganz natürliche Erscheinung, wenn das Wirtschaftsleben derart daniederliegt. Dennoch betrug der Mitgliederverlust nicht

500 000, sondern 230 640 oder 4,7 Proz. Die Moskowiter verdoppeln die Mitgliederverluste, weil es in ihren Kram paßt. Die Arbeiterbank und andere den Gewerkschaften nahe stehende Wirtschaftsbetriebe sollen bankrott sein! Es war ein bemerkenswertes Zeichen der inneren Festigkeit der Arbeiterbank, daß in den Tagen der Bankstürme voll ausgezahlt werden konnte. Die privatkapitalistischen Institute haben vor Neid auf sie geblickt. Ebenso haben sich die Konsumgenossenschaften bisher in einer Weise widerstandsfähig gezeigt, daß auch in der Zukunft diese Betriebe als voll gesichert gelten. Nun kommen solche Stroche her, die nie in ihrem Leben Wirtschaftsbetriebe zu leiten hatten, und streuen solche unwahren Behauptungen in die Welt. Die kommunistisch geleiteten Konsumvereine in Halle, Gotha und anderen Orten wurden heruntergewirtschaftet und den Privatkapitalisten ausgeliefert. Die kommunistischen Zeitungsbetriebe können nur aufrechterhalten werden dadurch, daß das Personal sechs Stunden je Woche ohne Bezahlung länger arbeitet. Und dies alles trotz reichlichster Unterstützung von Moskau her. Wir können das Treiben solchen Gefindels nicht besser kennzeichnen, als dies die Tageszeitung der kommunistischen Brandler-Gruppe mit folgenden Worten tat:

„Was hier die KPD-Führung ihren Mitgliedern anweist, ist ein Verbrechen an der ganzen Arbeiterklasse. Ueberhaupt, aber ganz besonders in der jetzigen Situation, — in der das Großkapital und der Faschismus die letzten Kräfte ansetzt, um die Tarife und damit die Gewerkschaften zu zerbrechen —, zur „Beitragsperre“ und „Zerbrechung der Gewerkschaften“ aufzufordern, das heißt die Geschäfte der schlimmsten Scharfmacher und Klassenfeinde zu besorgen, heißt dem Proletariat den Dolchstoß zu versetzen.“

Früher saßen die Todfeinde nur in den Reihen der reaktionären Junker und Großkapitalisten, heute haben sich diesen jene Elemente zugesellt, die die Führung der KPD. an sich gerissen haben. Soll die Arbeiterschaft ihre Stellung in Staat und Wirtschaft nicht vollständig verlieren, so muß diesen Verbrechern das Handwerk so schnell wie möglich gelegt werden.

Reichsarbeitsminister und Allgemeinverbindlicherklärung Was geht vor?

Die Unternehmer wollen Ellenbogenfreiheit haben. Sie wollen so weit wie möglich von der Tarifordnung loskommen. Ein Schritt dazu ist für sie die Beseitigung der Allgemeinverbindlicherklärung. Sie rechnen dabei auf Unterstützung durch das Reichsarbeitsministerium; denn durch die Presse läuft bereits eine offenbar von ihnen ausgehende Meldung, in der unter der Ueberschrift „Neue Bestimmungen im Schlichtungswesen“ der baldige Fortfall der Allgemeinverbindlicherklärung angekündigt wird.

Die dem Reichsarbeitsministerium nahe stehende Presse versucht die Arbeiterschaft mit dem Hinweis zu

beruhigen, daß die eventuelle Ablehnung der Anträge auf Allgemeinverbindlicherklärung der Bauarbeitertarife mit der grundsätzlichen Einstellung des Reichsarbeitsministeriums zur Allgemeinverbindlicherklärung nichts zu tun habe. Die Allgemeinverbindlichkeit auszusprechen, liege ganz im Ermessen des Reichsarbeitsministeriums, und das Ministerium werde in jedem Fall prüfen, inwieweit der getätigte Tarifabschluß überwiegende Bedeutung habe, um seine Ausdehnung auch auf die Außenleiter zu rechtfertigen.

Trotz dieses Beruhigungspulvers erscheint uns die Haltung des Reichsarbeitsministe-

riums in der Frage der Allgemeinverbindlich-
erklärung etwas verdächtig. Der Unternehmer-
optimismus, der die Allgemeinverbindlich-
erklärung bereits verschwinden sieht, mag verfrüht sein. Sicher-
lich ist der Fortfall der Allgemeinverbindlich-
erklärung noch keine vollendete Tatsache. Aber irgendetwas
ist im Gange. Gefahr ist im Verzug. Auch drückt
sich die dem Arbeitsminister nahestehende Presse in
ihren Beruhigungsversuchen sehr vorsichtig aus. Sie
betont, von einer Aufhebung der Allgemeinverbind-
lich-erklärung „schon jetzt“ zu sprechen, liege kein
Anlaß vor. Schon jetzt? Was jetzt noch nicht ist,
kann noch werden.

Das Reichsarbeitsministerium ist jedenfalls zur
Zeit gegenüber Anträgen auf Allgemeinverbindlich-
erklärung recht zurückhaltend. Nicht nur bei den
Bauarbeitertarifen, sondern auch gegenüber Tarifen
anderer Arbeitergruppen. So hat der Reichsarbeits-
minister auch eine Allgemeinverbindlich-
erklärung des Lohns für den Transport von Kohle
abgelehnt. Diese Ablehnung berührt überaus
sehr; denn die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der
Groß-Hamburger Kohlentransportarbeiter wurden
ohne Mitwirkung der staatlichen Schlichtungsinstanzen
zwischen den Tarifparteien mit Wirkung vom 1. Mai
dieses Jahres erneut tarifvertraglich geregelt. Die
Vorgestaltung im Kohlenhandel erfolgt seit zehn
Jahren in dem Rahmen, wie er für das gesamte

Transportgewerbe von Groß-Hamburg vereinbart
worden ist — eine Tatsache, die dadurch noch be-
sonders beleuchtet wird, daß fast alle Lohnregelungen
im Wege freier Vereinbarung zwischen
Arbeitgeber und Arbeitnehmer getroffen wurden.

Der Reichsarbeitsminister erklärt, in der Begrün-
dung seines ablehnenden Standpunktes, er sei unter
den derzeitigen Verhältnissen nicht in der Lage, im
Wege staatlichen Zwanges Lohnsätze für den Trans-
port von Kohle aufzulegen, die nicht unerheblich
über den Lohnsätzen lägen, die für den mit
der Gewinnung der Kohle beschäftigten, unter un-
gleich schwierigeren Verhältnissen arbeitenden Berg-
mann vereinbart seien. Dieser Vergleich mit
den Bergarbeiterlöhnen erscheint uns wenig
glücklich.

Die Begründung des Reichsarbeitsministers für die
Ablehnung der Allgemeinverbindlich-erklärung durch
den Reichsarbeitsminister muß auf die Arbeitgeber-
sichtweise wie eine Aufforderung zur Lohn-
senkung wirken. Denn die Arbeitgeber werden im
Hinblick auf die Einstellung des Ministers von vorn-
herein auf starkes Entgegenkommen der Schlichtungs-
instanzen rechnen.

Der Reichsarbeitsminister wird auch den ADGB-
Kongreß in Frankfurt besuchen. Hoffentlich hören
wir bei dieser Gelegenheit auch, wohin in der Frage
der Allgemeinverbindlich-erklärung die Reise gehen
soll.

eng zusammenstehen, trotz allem der Weg für eine
wirtschaftliche Gesundung und einen nationalen Auf-
stieg Deutschlands geebnet wird.“

Wohl ist bekannt, daß das Unternehmertum eine
Aktion möglichst unauffällig durchführen will, um
in der jetzigen Notzeit schleunigst einen Generalangriff
auf die soziale Gesetzgebung und die Lebenshaltung
der Arbeiterschaft erreichen zu können. Der Reichs-
verband der Deutschen Industrie hat der Regierung
ein ausführliches Memorandum bereits vorgelegt. In
welchem Sinne es gehalten ist, geht aus dem auszugs-
weise veröffentlichten Rundschreiben dieser Organi-
sation an ihre Mitglieder hervor. Darum heißt es:
„Augen auf!“ Es sind genug unerhörte Tributlasten
in der Krisenzeit der Arbeiterschaft aufgebürdet wor-
den. Wenn die kapitalistischen Wirtschaftsführer nichts
Besseres zu tun haben, als die wirtschaftliche Not noch
mehr zu fördern, dann sollen sie endlich mit ihren
Kenntnissen einpacken.

Kampf um die Fünftagewoche in den Brauereien

Wir konnten bereits berichten über Abkommen in
der Brauindustrie auf Einführung der Fünf-Tage-
Woche von Berlin und mit den Mittelrhei-
nischen Brauereien. Nun liegen uns weitere
Vereinbarungen vor. In Stettin wurde ein Ab-
kommen getroffen, nach dem die regelmäßige wöchent-
liche Arbeitszeit 40 Stunden beträgt und der Mitt-
woch als arbeitsfreier Tag vereinbart wurde. Auch
in den Betriebsabteilungen mit Wechselschichten soll
die 40stündige Arbeitszeit eingeführt werden. Mit
dieser Vereinbarung wurde eine Neuregelung der
Löhne vorgenommen, bei der ein Lohnausgleich ent-
halten ist. Ueberstunden werden bei einer Mehrarbeit
über 40 Stunden bezahlt.

Das Abkommen in Dresden sieht ebenfalls die
40stündige Arbeitszeit vor und bestimmt den Mitt-
woch als arbeitsfreien Tag. Auch hier konnte ein
Lohnausgleich vereinbart werden. Der tarifliche
Ueberstundenzuschlag wird bei Arbeiten nach geleisteten
40 Stunden gewährt.

Für Anhalt und benachbarte Gebiete wurde die
regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit auf 40 Stunden
vereinbart. Der Mittwoch ist als arbeitsfreier Tag
in allen Betrieben festgesetzt, ebenfalls ist ein Lohn-
ausgleich vereinbart. Als zuschlagspflichtige Ueber-
stunden gelten auch hier alle Arbeiten, die nach der
40-Stunden-Woche geleistet werden.

In Ost-Sachsen, Thüringen und Regie-
rungsbezirk Merseburg ist die 40-Stunden-
Woche und der Mittwoch als arbeitsfreier Tag ver-
einbart worden, verbunden mit einem Lohnausgleich.
Ueberstunden werden wie bisher durch Freizeit aus-
geglichen.

Das Abkommen in Mittelsachsen sieht eben-
falls die 40-Stunden-Woche vor bei dem arbeitsfreien
Mittwoch. Es gilt ebenfalls für die Lehrlinge. Der
Lohnausgleich betrifft die Arbeiter, während die Lehr-
lingsentschädigung ungekürzt bleibt. Weitere Ver-
einbarungen wurden getroffen für die ober-schlesi-
schen Betriebe in Beuthen, Hinden-
burg, Gleiwitz und Leobschütz. Der arbeits-
freie Tag wird betrieblich mit der Betriebsvertretung
vereinbart. Ebenfalls ist bei der Vereinbarung ein
Lohnausgleich enthalten.

Die Verhandlungen in Rheinland-West-
falen sind gescheitert, weil die Unternehmer es ab-
lehnten, die Arbeitsstreckung durch einen arbeitsfreien
Tag durchzuführen. Auch wurde der tarifliche Ueber-
stundenzuschlag auf Arbeiten, die nach 40 Stunden
geleistet werden, abgelehnt.

In Hannover, Braunschweig, Magde-
burg und Hamburg schweben zur Zeit noch Ver-
handlungen; in Bayern und Württemberg
haben noch keine Verhandlungen stattgefunden.

Es ist damit zu rechnen, daß in nächster Zeit
wiederum Verhandlungen im Reichsarbeitsministe-
rium stattfinden, um zu der allgemeinen Situation
Stellung zu nehmen. Ob es dort möglich sein wird,
die noch außenstehenden Bezirke auf die Linie der be-
reits getroffenen Vereinbarungen zu drängen, das
kann selbstverständlich heute noch nicht vorausgesehen
werden. Ohne Zweifel hat jedoch unser Kampf um
die Verkürzung der Arbeitszeit gute Erfolge aufzu-
weisen. Die 40-Stunden- bzw. Fünf-Tage-Woche in
der Brauindustrie konnte durch unsere Organisation
in einem namhaften Teil der Betriebe durchgeführt
werden. Inwiefern sich die getroffene Vereinbarung
auf die Einstellung neuer Arbeitskräfte auswirkt, dar-
über werden wir später berichten. Vorerst ist be-
stimmt erreicht worden, daß durch die getroffenen
Abkommen weitere Entlassungen nicht
mehr vorgenommen werden. Nicht immer
konnten unsere Forderungen auf Lohnausgleich im
gewünschten Sinne durchgeführt werden. Dennoch
konnten wir feststellen, daß in fast allen Abkommen
Bestimmungen über einen Lohnausgleich enthalten
sind.

Die zunehmende Krise und die ansteigende Zahl Er-
werbsloser auf den Arbeitsnachweisen rückt die Not-
wendigkeit der Arbeitszeitverkürzung immer näher.

Unternehmerreaktion hinter den Kulissen

Das Berliner „8-Uhr-Abendblatt“ veröffentlicht ein
Geheimschreiben des Reichsverbandes der Deutschen
Industrie an seine Mitglieder, das wir nach dem uns
vorliegenden Wortlaut auch unseren Mitgliedern zur
Kenntnis bringen:

„In Verfolg der Beratungen von Präsidium und
Vorstand in der letzten Zeit und angesichts der außer-
ordentlich bedrohlichen Lage in der Industrie wie in
den anderen Wirtschaftszweigen haben wir nunmehr
noch einmal unsere wichtigsten Forderungen und Vor-
schläge zusammengestellt und sie in der Form einer
Aufzeichnung über die Stellungnahme des ADI zu
der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftslage“ dem
Reichsminister schriftlich übermittelt. Wir
haben den Reichsminister dabei ausdrücklich darauf
aufmerksam gemacht, daß die sorgenschwere, zum Teil
verzweifelte Stimmung der Industrie so um sich ge-
griffen hat, daß nur noch allerhöchste Maßnahmen
die Voraussetzungen für eine Beruhigung schaffen
können, und daß die von uns gewünschte positive Zu-
sammenarbeit von Industrie und Regierung nur
dann mit Erfolg fortgeführt werden kann, wenn die
notwendigen Maßnahmen auf den Gebieten der Wirt-
schafts-, Finanz- und Sozialpolitik so schnell und um-
fassend durchgeführt werden können, daß eine weitere
Verschärfung der gegenwärtigen Lage abgewandt
wird und statt dessen die unbedingt erforderlichen
Grundlagen für eine Wiederbelebung der deutschen
Wirtschaft geschaffen werden.

Wir haben die Aufzeichnung ebenfalls den in Frage
kommenden Ministerien sowie dem Reichsbankpräsi-
denten zur Kenntnis gegeben und werden sie auch in
geeigneter Weise allen Persönlichkeiten an die Hand
geben, die gegenwärtig die Wirtschaftspolitik der Re-
gierung maßgebend beeinflussen. Wir bedauern sehr,
daß wir davon absehen müssen, den Wortlaut der
Aufzeichnung bekanntzugeben. Wir müssen aber im
Augenblick, gerade mit Rücksicht auf den Erfolg,

unbedingt verhindern, daß unsere Forderungen
im gegenwärtigen Stadium Gegenstand öffent-
licher Auseinandersetzungen werden.

weil dann nur zu leicht die Kräfte innerhalb und außer-
halb der Regierung, die sich der Wichtigkeit unserer
Forderungen bewußt sind und sich in der von uns
gewünschten Richtung einzusetzen bereit sind, in ihrer
Wirksamkeit gestört und behindert würden.

Wir teilen Ihnen jedoch zu Ihrer Unterrichtung
mit, daß die Aufzeichnung alle die Forderungen in
nachdrücklichster Weise enthält, über deren schnellste
Erfüllung in der gesamten deutschen Industrie Ein-
mütigkeit besteht und daß die Forderungen auch in
einer Form aufgestellt sind, die dem Ernst der Lage
entspricht. Der Ausgangspunkt der ganzen Darstel-
lung ist der zwingende Gedanke, daß Deutschland auf
den Weg der Selbsthilfe angewiesen ist, und daß dieser
Weg gekennzeichnet ist durch eine energische, sofortige
und umfassende Einsetzung aller in Deutschland selbst
vorhandenen Kräfte. Mit eiserner Konsequenz müssen
für Staat, Kapital und Arbeit alle notwendigen
Schlußfolgerungen gezogen werden. Im Mittel-
punkt des Selbsthilfeprogramms muß die organische
Umgestaltung der Selbstkosten im Sinne einer mög-
lichst weitgehenden Herabdrückung der Selbstkosten
stehen. In der Aufzeichnung ist im einzelnen dar-
gestellt, wie dieser Grundgedanke auf folgende vier Haupt-
gebiete angewandt werden muß:

1. Steuern und Abgaben an die öffentliche Hand,
2. Soziale Belastungen,
3. Löhne und Gehälter,
4. Verkehrs- und Tarife der kommunalen Ver-
sorgungsbetriebe.

Ein weiterer besonderer Abschnitt befaßt sich mit
den Aufgaben einer richtigen und einwandfreien
Kreditpolitik, insbesondere in der öffentlichen Hand,
um eine Senkung der Kreditkosten zu erreichen und
im Rahmen einer pfleglichen Verwaltung des vor-
handenen Kreditvolumens erweiterte Kreditmöglich-
keiten für die private Wirtschaft zu schaffen. Im Zu-
sammenhang damit wird sowohl die Kreditpolitik wie
überhaupt die Finanzpolitik der Gemeinden einer
scharfen Kritik unterzogen, und es werden positive
Vorschläge dafür gemacht, wie eine Sicherung dafür
erreicht werden kann, daß sich die bisherigen Fehler
nicht wiederholen.

Ein anderer positiver Vorschlag erstreckt sich auf die
Schaffung einer Möglichkeit für vermehrte Aufträge
an die Wirtschaft. Selbstverständlich enthält die Ein-
gabe auch die nachdrückliche

**Forderung, alle Reste der Zwangswirtschaft, ins-
besondere auch die Zwangswirtschaft im Woh-
nungsweisen endgültig zu beseitigen.**

Auf reparationspolitischem Gebiete wird ausgeführt,
daß die Durchführung des Selbsthilfeprogramms zu-
gleich die Vorbedingung für eine Erfolg versprechende
Reparationspolitik ist, und daß die Inangriffnahme
der zu erwartenden neuen Reparationsregelung
parallel mit der Selbsthilfeaktion unverzüglich ge-
schehen muß. Abschließend wird betont, daß es eine
völlige Verdrehung der Tatsachen ist, wenn man von
einem Versagen der Privatwirtschaft spricht. Nicht
die Privatwirtschaft hat versagt, sondern gescheitert

Uneinigkeit verzehrt!

**Am 3. September
ist der 37. Wochenbeitrag fällig**

ist ein System, das mit politischem Zwang die Privat-
wirtschaft künstlich ihrer natürlichen Entwicklungs-
grundlagen beraubt hat. Diese grundsätzliche Ein-
stellung verpflichtet uns andererseits, nicht nur be-
stimmte Auswüchse und Fehler zuzugeben, die sich be-
dauerlicherweise in der Privatwirtschaft gezeigt haben,
sondern auch dafür einzustehen, daß einer Wieder-
holung solcher Erscheinungen vorgebeugt wird.

Parallel mit dieser nochmaligen energischen Ein-
wirkung auf das Kabinett, die von mündlichen Vor-
stellungen ergänzt wird, führen wir die Arbeiten auf
allen unseren Tätigkeitsgebieten mit verstärktem
Nachdruck fort.

In den weiteren Ausführungen des Rund-
schreibens gibt der ADI bekannt, wie sehr er sich um
das Wohl seiner Mitglieder bemüht und daß er vor
allen Dingen die Notlage der mittleren und kleineren
Unternehmungen nicht vergißt. Seine Schlussworte
lauten: „Nicht von heute auf morgen lassen sich die
Erschütterungen beseitigen, denen die deutsche Wirt-
schaft jetzt ausgesetzt ist, aber wir glauben doch, daß,
wenn alle Verbände der Industrie in zähem Kampf

Wenn aber nur in einzelnen Berufen Arbeitszeitver-
fahrungen vereinbart werden, so wird eine Entlastung
des Arbeitsmarktes nicht eintreten. Das Reichsarbeits-
ministerium muß sich daher schon eingehend mit der
Frage beschäftigen, ob nicht jetzt die Zeit gekommen
ist, auf der ganzen Linie und für alle
Betriebe und Berufe die 40-Stunden-
bzw. Fünf-Tage-Woche zu verordnen.

Gutachten des RWR. in der Öffentlichkeit

Der Beschluß des Arbeitsausschusses des RWR.
zum Verbot der Nachtarbeit wurde bis zum
Redaktionschluß in der Unternehmerpresse nicht
kommentiert. Selbst die „Konsumgenossenschaftliche
Rundschau“ ist sprachlos. Wir können auch verstehen,
daß dieses Rückblick, das der Reichswirtschaftsrat den
Konsumgenossenschaften legte, kein freudiges Gefühl
ausgelöst hat. In der sozialdemokratischen Presse
wird das „salomonische Urteil“ einer scharfen Kritik
unterzogen.

In diesem Zusammenhang ist zu berichten, daß von
der „Bäcker- und Konditor-Tageszeitung“ in vor-
eiliger Weise versucht wurde, den Ausgang dieser Ent-
scheidung den Arbeitnehmervertretern in die Schuhe
zu schieben. Die Redaktion bemerkte in Nr. 200:

„Trotzdem die Sitzungen des Ausschusses vertraulich
sind, darf man dieser Meldung aber wohl durch-
aus Glauben schenken. Wenn es sich auch nur um
ein Gutachten handelt, so wird man doch daraus er-
kennen, wie die Situation für das Gewerbe liegt.
Am interessantesten ist aber wohl bei der Bericht-
erstattung, daß die Vertreter der Gewerkschaften sich
aus „Prinzip“ der Stimme enthielten. Hier zeigt
sich einmal am besten die Verantwortungsl-
losigkeit der Gewerkschaften. Deffentlich
wird durch starke Worte für das Nachtbrotverbot
eingetreten, aber bei der praktischen Kleinarbeit
handelt man entgegengesetzt. Diese Haltung ver-
dient weitest gehend gebrandmarkt zu werden.“

Der Germania-Verband wird an den Reichs-
arbeitsminister erneut eine Eingabe richten.“

Weil diese Darstellung den Tatsachen widersprach,
so veranlaßte unserer Verbandsvorstand bei der Lei-
tung des „Germania“-Verbandes eine Richtigstellung.
Unserem Wunsche ist auch entsprochen worden, und in
Nr. 203 lesen wir: „Zu unserer Sonnabend-
Notiz wird uns noch mitgeteilt, daß die
Vertreter der Abteilung II (Arbeit-
nehmer) an der Abstimmung doch teil-
genommen haben.“ Damit hat auch dieses
Intermezzo seinen Abschluß gefunden.

Dennoch versucht aber die Redaktion der Tages-
zeitung, uns etwas anzuhängen. Zu unserer Dar-
stellung in Nr. 35 der „Einigkeit“ und einer ähnlichen
im „Vorwärts“ wird bemerkt, daß wir mit unserer
Meinung arg daneben schießen, wenn wir behaupten,
die Annahme des Antrages, mit den Vorarbeiten um
3 Uhr morgens zu beginnen, entspreche den Wün-
schen des selbständigen Kleingewerbes. Gewiß kennen
wir auch die Einstellung der Organisationsleitung der
Bäckermeister. Es muß aber gleichzeitig bemerkt wer-
den, daß sie nicht einstimmig geteilt wird von den
einzelnen Innungen. Wiederholt lagen den Tagungen
der Bäckermeister Anträge vor, die Vorarbeit um
3 Uhr morgens zuzulassen. Die süddeutsche Richtung
verlangt bekanntlich den 4-Uhr-Arbeitsbeginn. Es
trifft daher schon zu, daß mit dieser Entscheidung des
RWR. den Wünschen derjenigen Bäckermeister stark
Rechnung getragen wurde, die einen früheren Ar-
beitsbeginn anstreben. Richtig ist, daß der Antrag
auf Zulassung der Vorarbeit mit 7 gegen 5 Stimmen
angenommen wurde, also auch ein Vertreter der
Unternehmer mit den Arbeitervertretern gestimmt
haben muß. Dieser recht zweifelhafte Sieg der An-
hänger der Nachtarbeit wird bestimmt vom Reichs-
arbeitsminister nicht in die Tat umgesetzt werden, weil
das Bäckerschutzgesetz dazu keine Möglichkeit bietet.

Das Schlichtungswesen im Jahre 1930

Im „Reichsarbeitsblatt“ wird eine Statistik ver-
öffentlicht, die sich mit dem Schlichtungswesen beschäf-
tigt und wichtige Schlüsse über die Arbeitskämpfe zu-
läßt. Diese Statistik veranschaulicht in treffender Weise
die dauernden Kämpfe zwischen den Gewerkschaften
und dem Unternehmertum. Bei der Betrachtung dieser
Vorgänge muß aber auseinandergehalten werden, daß
das Arbeitsrecht Unterschiede in der Schlichtung von
Streitigkeiten kennt. Bekanntlich wird das Streitver-
fahren vor dem Schlichtungsausschuß ausgetragen oder
dem Schlichter, dem dann der Schiedsspruch folgt, und
wiederum können Schiedssprüche „verbindlich“ erklärt
werden. Die Verbindlichkeit kann dann beantragt
werden, wenn sich eine der Parteien oder auch beide
dem Schiedsspruch nicht unterwerfen wollen. Die
ausgesprochene Verbindlichkeit genießt dann allerdings
den Charakter eines Gesetzes.

1928 gab es Schlichtungsverfahren bis zum Schieds-
pruch: 8037, 1929: 7109 und 1930: 4017. Bei der
Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen wurden
1928: 1814, 1929: 1481 und 1930: 826 Verfahren ge-
zählt. Es wäre aber irrig, wenn aus diesen Zahlen
geschlußfolgert würde, daß die Abnahme der Schlich-
tungspraxis ein Zurückgehen der Arbeitskämpfe be-
deute. Im Gegenteil, es muß festgestellt werden, daß
gerade die Jahre 1929 und 1930 erbittert geführte Ab-
wehrkämpfe gegen die Abbaoffensive der Unter-
nehmer brachte. Es kann auch nicht von der Hand ge-
wiesen werden, daß mit Abnahme der Inanspruch-
nahme des Schlichtungsverfahrens der Abschluß der
Arbeitskämpfe in freier Vereinbarung zunahm. Von
den insgesamt 4883 gezählten Streitfällen, an denen
12 761 135 Arbeiter und Angestellte beteiligt waren,
kamen 3760 Fälle vor den Schlichtungsausschüssen und
257 Fälle vor den Schlichtern zum Austrag.

Von besonderer Bedeutung ist, daß der Reichs-
arbeitsminister in 39 Fällen sogenannte Sonder-

Die Ideenlosen



Die „neuen“ Wege der Industrie
zur Behebung der Wirtschaftskrise

schlichter bestellte. In diesen 39 Fällen handelte es sich
14mal um Löhne und Gehälter, für weitere 15 Fälle
um Löhne und Gehälter in Verbindung mit Arbeits-
zeitfragen. In 2 Fällen wurde für reine Arbeitszeit-
kämpfe ein Sonderlichter bestellt. Auch soweit Ver-
fahren auf Verbindlichkeitsklärungen in Frage
kommen, wurde das Verfahren 826mal eingeleitet, wo-
von die Arbeitnehmer in 597 Fällen die Antragsteller
waren. Jedenfalls bleibt es ein typisches Zeichen, daß
die Arbeitskämpfe in Krisenzeiten geringer werden als
in Zeiten guter Konjunktur. Die vom Reichsarbeits-
ministerium registrierten Fälle aus der Praxis des
Schlichtungswesens sind ein wertvoller Beitrag zum
Kapitel Klassenkampf der Gegenwart.

Nazis und Gewerkschaften

Der „W.-Korrespondenz“ entnehmen wir:
Ueber den neuen Kurs der Hitler-Partei den Ge-
werkschaften gegenüber verraten die Joeben von der
Münchener Parteileitung als „streng vertraulich“ her-
ausgegebenen „Richtlinien für die Arbeit der Be-
triebsfunktionäre“ folgendes:

„Für die Werbung ist die Kenntnis der national-
sozialistischen Einstellung zu den Gewerkschaften be-
deutend. Jeder Arbeiter und Angestellte kann und
soll in seiner Gewerkschaft bleiben, auch in den frei-
gewerkschaftlichen, soweit er überhaupt organisiert ist.
Er bleibt wirtschaftlich in der Gewerkschaft, politisch
jedoch muß er den Weg zur NSDAP. finden.“

Keine Gewerkschaft darf ihn, weil er Nationalsozia-
list ist, hinauswerfen, und die Mitgliedschaften in den
Gewerkschaften und der NSDAP. schließen sich nicht
aus.

Die parteiamtliche Stellungnahme lautet: Die
NSDAP. sieht in den nunmehr angestrebten Be-
triebszellenorganisationen die Grundlage, von der aus
zu gegebener Zeit die Schaffung eigener national-
sozialistischer Berufsgewerkschaften in Angriff ge-
nommen werden kann. Bis dahin wird den Partei-
genossen, die als Arbeiter, Angestellte oder Beamte
tätig sind, empfohlen, in ihren heutigen gewerkschaft-
lichen Verbänden zu verbleiben und dort, gestützt auf
die von diesen Verbänden statutarisch verbürgte par-
teipolitische Neutralität, jede Propaganda zugunsten

der marxistischen und demokratischen Parteien zu ver-
hindern.

Im übrigen bietet das Verbleiben in den bestehen-
den Gewerkschaften, trotz der offensichtlichen Mängel,
mit denen sie behaftet sind, dem einzelnen Arbeit-
nehmer auch wirtschaftliche Vorteile, die nicht von der
Hand zu weisen sind.“

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in unseren Berufen im Juli

hat eine wesentliche Verschärfung erfahren. In sämt-
lichen Berufen der Nahrungsmittel- und Getränke-
industrie ist eine Erhöhung der Arbeitslosen- und Kurz-
arbeiterziffern eingetreten. In den Brauereien ist es
in einer ganzen Reihe von Orten und Bezirken zu
einer Vereinbarung bezüglich der Kurzarbeit zwischen
der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerorganisation
gekommen. Auch in der Süßwarenindustrie hat die
Kurzarbeit sehr stark zugenommen. Insgesamt waren
Ende Juli nicht weniger als 27 142 Mitglieder unseres
Verbandes arbeitslos und weitere 42 686 haben ver-
fürtzt, gearbeitet. Hauptursache dieser Verschlechterung
der Beschäftigungslage ist überall die mangelnde Kauf-
kraft der Massen. Wie sich die Zahlen der Arbeitslosen
und Kurzarbeiter auf die einzelnen Industriegruppen
unseres Verbandes verteilen, zeigt die nachstehende Zu-
sammenstellung:

Industrie-Gruppe	Arbeitslos		Kurzarbeit	
	Juni 1931	Juli 1931	Juni 1931	Juli 1931
Getränkeindustrie	7 242	7 647	15 824	23 274
Süßwarenindustrie	5 111	5 822	8 537	13 062
Bäcker und Konditoren	5 531	5 607	1 966	2 260
Fleischer	3 635	3 814	2 083	2 388
Müller	1 925	2 021	611	800
Böttcher und Weinküfer	2 087	2 231	1 135	902
Insgesamt	25 531	27 142	30 156	42 686

Die ungeheuer große Arbeitslosigkeit drückt sich auch
in den amtlichen Berichten der Arbeitsnachweise, be-
sonders soweit die Berufe der Bäcker und Fleischer in
Frage kommen, sehr deutlich aus. Im Monat Juni
(für Juli liegen die Zahlen noch nicht vor) entfielen im
Bäcker- und Konditorgewerbe auf je
100 offene Stellen nicht weniger als 1793 Arbeits-
gesuche. Offene Stellen waren nur 2704 vorhanden,
vermittelt wurden 2616. Im Laufe des Monats waren
48 478 Arbeitsgesuche eingetragen; am Schluß des
Monats betrug die Zahl der Arbeitsgesuche noch
38 340. Im Fleischergerbe entfielen auf 100
offene Stellen 1824 Arbeitsgesuche; offene Stellen
1415, vermittelt 1387; Arbeitsgesuche im Laufe des
Monats 25 810, Ende des Monats 20 624.

Der Beschäftigungsgrad in der Süßwarenindustrie im Juli

Die Zahl der berichtenden Betriebe ist im Juli mit
189 gegenüber dem Vormonat um 24 zurückgeblieben;
die Bezirke Dresden, Freiburg i. Br. und Elberfeld
haben leider nicht berichtet. Die Beschäftigungslage
hat sich wie allgemein in Deutschland so auch in der
Süßwaren- und Zuckerwarenindustrie weiter ver-
schlechtert. Neueinstellungen sind so gut wie gar nicht
erfolgt; dagegen wurden allein in den berichtenden
Betrieben 1509 Beschäftigte entlassen. In 96 Betrieben
wurde kurz gearbeitet, während in 16 Fällen eine teil-
weise Stilllegung einzelner Abteilungen und in 37
Fällen eine vorübergehende Stilllegung ganzer Be-
triebe erfolgte. Im Vergleich zu den beiden voran-
gegangenen Monaten gestaltete sich die Beschäftigungs-
lage wie folgt:

Monat	Berichtende Betriebe	Zahl der Beschäftigten			Neu eingestellt	Entlassen	Anzahl der Betriebe		
		männlich	weiblich	zusammen			mit Stillleg.	m. teilw. Stillleg.	ganz Stillleg.
Mai	213	8018	20503	28521	815 683	12	63	5 16	
Juni	213	8034	19673	27707	263 1683	9	94	12 18	
Juli	189	6467	15727	22194	37 1509	1	96	16 37	

Nach den eingegangenen Einzelberichten wurden im
Juli nur 13,8 Proz. der berichtenden Betriebe als gut-
dagegen 50,8 Proz. als schlechtbeschäftigt bezeichnet; in
35,4 Proz. der Betriebe war die Beschäftigung be-
friedigend. In den letzten drei Monaten gestaltete sich
der Beschäftigungsgrad folgendermaßen:

Monat	Gut		Befriedigend		Schlecht	
	Betriebe	Beschäft.	Betriebe	Beschäft.	Betriebe	Beschäft.
Mai	81	13 600	92	10 714	40	4207
	38,0%	47,7%	43,2%	37,6%	18,8%	14,7%
Juni	52	7 332	85	10 689	76	9626
	24,4%	26,5%	39,9%	38,6%	35,7%	34,9%
Juli	26	1 628	67	10 457	96	10 109
	13,8%	7,3%	35,4%	47,2%	50,8%	45,5%

Der Katastrophe entgegen

Die neue Notverordnung, die den Ländern das Recht gibt, Einsparungen auf allen Gebieten vorzunehmen, wirkt sich nach den vorliegenden Mitteilungen in der Tagespresse bereits katastrophal aus. In Berlin wurden Beschlüsse gefaßt, nach denen 30 Millionen Mark eingespart werden können. Neben Entlassungen vieler Beamten ist eine Einschränkung der kommunalen Arbeiten erfolgt, die Bauwirtschaft wird fast vollständig lahmgelegt, in der öffentlichen Wohlfahrtspflege werden einschneidende Maßnahmen auf allen Gebieten durchgeführt und das Lebensniveau der Erwerbslosen und Hilfsbedürftigen wird weiter empfindlich herabgemindert. Lohnsenkungen der Gemeindearbeiter, Gehaltskürzungen ergänzen und vervollständigen diesen Beschluß. Wie hier, so wird auch in anderen Kommunen und Ländern verfahren, so daß, wenn es so weiter geht, wir in den Wintermonaten weit mehr als die Hälfte aller gegen Gehalt und Lohn Beschäftigten ohne Arbeit sehen. Bereits wird von der Reichsregierung das Arbeitslosenheer in den Wintermonaten auf 7 Millionen geschätzt, von anderer Seite wird sogar diese Schätzung als zu niedrig bewertet. Wir werden einer Zeit entgegengehen, die wohl die schlimmste sein wird.

In den verantwortlichen Kreisen scheint man sich jedoch dieser Tatsache noch nicht bewußt zu sein. Obwohl bekannt ist, daß jeder Lohn- und Gehaltsabbau zur Verschärfung der Wirtschaftskrise beigetragen hat, wird mit diesem untauglichen System weitergewürfelt. Der Arbeiterschaft wird das Letzte genommen, wodurch ihre Konsumkraft vollständig erlahmt, und gleichzeitig werden mit vollen Händen Viebesgaben an die Landwirtschaft verschenkt.

So hat Minister Schiele trotz der unterhörten Not im Volke der Öffentlichkeit zu wissen getan, daß er für die Erhöhung des Butter- und Käsepreises, für die Wiedereinführung von Exportprämien für Hafer und Gerste und für die Fortsetzung der Stützungsaktion auf dem Rindermarkt ist. Den Getreideagrarern ist bereits eine Subvention in Form einer Zinsverbilligung von 6 Proz. für alle Erntebewegungs- und Lombardierungskredite zugesprochen, um die Möglichkeit zu schaffen, das Getreide zurückzuhalten, um dadurch die Preise in die Höhe zu treiben. Bereits melden sich die anderen Zweige der Landwirtschaft. Selbst der Weinbau verlangt ebenfalls vierprozentige Kredite, aber gleich für neun Monate und, wie gemeldet wird, soll dem Reichskanzler von der Landwirtschaft ein Programm vorgelegt werden, nachdem alle Zweige der Landwirtschaft summarisch mit Krediten bedacht werden sollen. Wird die Reichsregierung diese unverhältnismäßigen Forderungen ablehnen? Es grenzt an Wahnsinn, wenn auf der einen Seite der Zustrom zum Arbeitslosenheer immer größer wird und gleichzeitig einer bestimmten Gruppe Unternehmer reichliche Geldmittel aus der Reichskasse geschenkt werden.

Es scheint auch, daß immer noch in den Reichskassen genug Geld vorhanden ist, um zweifelhaft kapitalistische Unternehmungen zu unterstützen. Jetzt wird bekannt, daß dem Dewaheim-Konzern der Inneren Mission, der von einer Pastorenclique geleitet wurde, beträchtliche Geldmittel aus der Reichskasse zur Verfügung gestellt wurden. Zuschüsse vom Reichsarbeitsministerium und verschiedenen Landesministerien werden an private Wohlfahrtspflege den Wohlfahrtsverbänden zur Verfügung gestellt. So wurden der Hilfskasse gemeinnütziger Wohlfahrtsunternehmungen

500 000 Mk. vom Reichsarbeitsministerium gegeben. Um über die Höhe und die Auszahlungstermine der vom Reich jeweils zu erwartenden Summen richtig informiert zu sein, um dementsprechend bei spekulativen Geschäften verfügen zu können, bestach die Geschäftsleitung der Hilfskasse einen Ministerialobersekretär vom Reichsarbeitsministerium mit 12 000 Mk.

So wird mit den Steuergroschen gewirtschaftet. Ist es dann ein Wunder, wenn bei allen Behördenstellen leere Kassen vorhanden sind? Dann wird eingespart und dabei dem Ärmsten der Armen das Wenigste zum Leben noch weggenommen. Es wird höchste Zeit, daß von diesen falschen Wegen umgekehrt wird, ehe es zu spät ist.

Zusammenbruch in der Weizenhauss

Nur wenige Tage dauerten die künstlichen Schiele'schen Preistreiber-Projekte. Bereits in der vorigen Woche ist ein starker Sturz an den Getreidebörsen für Weizen erfolgt, wodurch ganz besonders die Weizenpreise stark in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die vom Reichsernährungsminister erweckten Exporthoffnungen, wodurch die Preise nach oben gepeitscht wurden, sind nicht in Erfüllung gegangen. Die Landwirtschaft war nicht in der Lage, mit ihren Angeboten weiter zurückzuhalten. Der Bewegung fehlte eben das Fundament, die gesunde Finanzierung.

Der erfolgte Weizenpreissturz an der Berliner Börse ist darin begründet, daß die Weizenzufuhr aus allen Teilen Deutschlands sehr stark geworden ist. Andererseits zeigen die Mühlen wenig Kauflust, wobei insbesondere die rheinischen Mühlen ausfallen. Seit Wochen ist das Weizengeschäft so gut wie tot. Diese Erscheinung hatte Neigung zur Legendenbildung, und es wurde auf der Berliner Getreidebörse auch viel vom Konsumentenstreik gesprochen. Man sagte, dem Konsumenten sei es allmählich klar geworden, daß der Weizen in Deutschland dreimal so viel kostet wie im Ausland, daraus ziehe er den Schluß und esse keinen Kuchen mehr und behelfe sich mit anderen Dingen. Es scheint auch in diesen Kreisen eine heillose Verwirrung eingetreten zu sein; denn diesen Personen ist es bestimmt nicht unbekannt, daß mit der zunehmenden und andauernden Erwerbslosigkeit eine starke Einschränkung der Nahrungsmittel verbunden ist. Die überhöhten Weizenpreise, die obendrein noch mit künstlichen Mitteln hochgehalten werden, müssen selbstverständlich zu einem Konsumrückgang führen. Diese Tatsache der verringerten Konsumkraft zerschlägt den Mehlmarkt und ist der ausschlaggebende Grund für den Sturz der Weizenpreise.

Diese Vorgänge scheinen immer noch nicht dem Reichsernährungsminister klar zu sein. Er wurstelt weiter mit ludriger Finanzierung seiner Projekte. Den Spekulanten wird dadurch, weil sie vom Export deutschen Weizens recht erhebliche Gewinne erhoffen, Tür und Tor geöffnet, das Ausland jedoch ist nicht geneigt, auf deutschen Weizen zu warten. Bei den amerikanischen Ueberjähren hochwertiger Waren und der auch in diesem Jahre nicht schlecht ausgefallenen europäischen Ernte werden die Kunstgriffe von Schiele lediglich zur Verschlechterung des Getreidemarktes beitragen. Das Lockmittel mit den Exportscheinen, die beim Export von Weizen verabsolgt werden, jedoch erst nach einem halben Jahr zu Geld gemacht werden

können, ist kein Zugmittel, um den Export zu steigern. Niemand reißt sich um diese Scheine, weil die Exportprämie nicht gezahlt werden kann und so ist auch diese Einrichtung zwecklos gewesen. Minister Schiele wird sich beschleunigen lassen müssen, daß er die deutsche Landwirtschaft wieder in die furchtbare Zeit der Getreidepreisschwankungen zurückgeführt hat. Nicht die Landwirtschaft und die Konsumenten werden daraus Nutzen ziehen können, sondern der spekulative Handel. Wie lange wird diese Schiele'sche Politik noch tragbar sein?

Arbeitslosenhilfe, Versailles-Vertrag und Wettrüsten

Zur Regierungskrise und dem Kabinettwechsel in England bringt das Organ der Arbeiterpartei „Daily Herald“ (24. August) einen groß aufgemachten Aufruf, dem wir die folgenden Stellen entnehmen:

„Es war unvermeidlich, daß der entschlossene und sorglich durchdachte Plan, die Regierung zur Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung zu zwingen, zu den Auswirkungen führte, über die wir heute berichten... Dieser Vorstoß, wir haben es immer und immer wieder gesagt, ist selbstmörderisch. Indem man den Arbeitslosen und den Arbeitern Geldmittel entzieht, verschärft man die Krise und erhöht die Arbeitslosigkeit...“

Auch lassen sich die Finanzschwierigkeiten nicht trennen von vorhergegangenen Dingen, die mit dem Vertrag von Versailles ihren Anfang nahmen. Von dem Augenblick an, als dieser karthagische Friede aufgelegt wurde, erhoben sich warnende Stimmen in der Arbeiterbewegung, doch die Warnenden wurden von manchen verpöttelet, die für die heutige Situation verantwortlich sind.

Es wurde vorausgesagt, daß die Reparationen großen Schaden verursachen werden, daß sie letzten Endes abgeschafft werden müssen und daß der ganze Geist des Vertrages zu einem neuen Wettrüsten führen wird.

Die Ereignisse bestätigen die Voraussage. In der ganzen Menschheit beginnt man einzusehen, daß die Welt nicht zu normalen Bedingungen zurückkehrt, ehe die internationalen Kriegsschulden gestrichen sind.

Auch die Abrüstung muß kommen. In diesem Lande gibt man jetzt jährlich 95 Millionen Pfund Sterling (1,9 Milliarden Reichsmark) für militärische Zwecke aus.

Diejenigen, die diese Ausgaben befürworten und sie noch erhöhen möchten, sagen als erste, England sei zu arm, um seinen Lehrern, Beamten, Polizisten ein anständiges Gehalt zu bezahlen, den Kindern einen ordentlichen Schulunterricht zu bieten und die Arbeitslosen in einem Zustande zu erhalten, der ihnen die Rückkehr ins Erwerbsleben ermöglicht, wenn die Zeit gekommen ist.

England ist noch nicht abgewirtschaftet; aber die Lösung seiner Schwierigkeiten liegt nicht auf der Linie der Verarmung der Massen durch drastische Einschnitte in die Erwerbslosenunterstützung, wobei Zugriffe auf die Löhne und Abdrosselung der sozialen Leistungen...“

Der Zucker

Seine Geschichte, seine Gewinnung und Bedeutung in der heutigen Wirtschaft.

Von den Süßstoffen, die im Pflanzenreich, besonders in süßen Früchten, Trauben, Feigen usw. sehr reichlich enthalten sind, kennen und schätzen wir ganz besonders jene, die als wichtigste Nahrungsmittel allgemein in Erscheinung treten und uns in Wirtschaftsleben als hochwertige Handelsware bei allen Völkern der Erde fast täglich begegnen. An sich gibt es ja sehr viele Süßstoffe dieser Art, die aus irgendeiner Summe von organischen Verbindungen der Pflanzenwelt, auch der Tierwelt, aus deren Säften, Blüten und anderen Bestandteilen gewonnen werden können. Die natürliche Gewinnung dieser Süßstoffe, die wir unter dem Namen Zucker zusammenfassen, hat uns lange, bevor wir es selbst konnten, schon die Biene gezeigt, die sie aus den Blüten der Pflanzen herauszieht und sie uns als Honig verarbeitet, sozusagen als reinste, natürliche Zucker auf den Frühstücksstisch serviert. Die künstliche Herstellung des Zuckers hingegen ist ein chemischer Prozeß, der je nach der Art der Rohstoffe, aus denen Zucker gewonnen werden soll und je nach der Art der Zuckervorte, die man gewinnen will, einen vielseitigen Verlauf nimmt.

Die heute in der industriellen Zuckerverzeugung gebräuchlichsten Rohstoffe zur Herstellung der uns beliebtesten Zuckervorte werden vornehmlich der Pflanzenwelt entnommen, sie sind das Zuckerrohr und die Zuckerrübe. Soweit sich der Zucker als allgemeines Nahrungsmittel Geltung verschafft hat, sind es lediglich diese beiden Pflanzen, deren Süßstoff

den größten Teil des Bedarfs auf der ganzen Erde deckt und daher auch die größte Rolle im Weltmarkt mit Süßstoffen spielt.

Der Rohrzucker ist schon sehr alt. Bereits von den Arabern ist bekannt, daß sie im 9. Jahrhundert unserer Zeitrechnung aus dem im ehemaligen Sufiana gezeigten Zuckerröhre eine Art Zucker raffinierten. Schon um das Jahr 996 wurde Zucker aus Alexandria nach Venedig gebracht. Allerdings galt der Zucker damals noch lange nicht als Genussmittel, sondern wurde von den arabischen Ärzten nur als Heilmittel verwendet. Erst durch die Kreuzzüge wurde der Zucker als Genussmittel bekannt. Das Zuckerrohr zum Zwecke der Zuckerverzeugung dürfte in größeren Mengen zuerst in Domingo gepflanzt worden sein, wohin es von Kolumbus, der es auf den Kanarischen Inseln fand, gebracht wurde. Nach Brasilien kam das Zuckerrohr um das Jahr 1531, und nach Mexiko zu Cortes Zeiten im Jahre 1553, von wo aus auch der erste Zucker nach Spanien eingeführt wurde. Nach und nach begann es sich auch in den englischen und französischen Kolonien einzubürgern, um bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts unumkehrbar als der einzige Rohstoff für die Zuckerverwertung zu gelten.

Schon seit dem Ende des 16. Jahrhunderts wird fast in allen Staaten Europas Rohrzucker erzeugt. Die erste Raffinerie in Deutschland soll 1797 errichtet worden sein, aber der Zucker war damals noch so teuer in Deutschland, daß er nur in den besterstellten Kreisen als Luxusgenussmittel verwendet wurde, während die Minderbemittelten sich als Süßstoff nur des Syrops und des Honigs bedienen konnten.

Erst im Jahre 1747, als Martgraf in Berlin den bedeutenden Zuckergehalt der Runkelrübe entdeckte und

es seinen Versuchen gelang, zum ersten Male kristallisierbaren Zucker aus dem Saft der Rübe herzustellen, entstand dem Zuckerrohr ein Konkurrent, der es als Rohstoff für die Zuckerverwertung für alle Zeiten auf den zweiten Rang verwies. Viele Jahre, bis 1799, blieb aber auch die Entdeckung Martgrafs noch eine rein wissenschaftliche Angelegenheit und konnte erst praktisch ausgewertet werden, als im Jahre 1803 durch Fr. Carl Achard die erste Rübenzuckerfabrik zu Cunern in Niederschlesien errichtet wurde. Die ersten Erfolge waren zunächst nicht allzu groß, weil die Zuckerausbeute der Rübe damals nur zwei bis drei Prozent betrug. Dennoch wurden bald weitere Zuckerfabriken gegründet und auch neue Methoden zur Verbesserung der Herstellung und zur Vergrößerung der Ausbeute gefunden. Im Jahre 1837 gab es in Deutschland bereits 122 Zuckerfabriken, deren Erzeugungsmenge zusammen freilich erst kaum 1500 Tonnen ausmachte. Nach anderen Quellen soll schon vor Achard im Jahre 1799 eine Zuckerfabrik in Bottendorf, Kreis Querfurt, bestanden haben, deren Begründer L. W. Lampadius gewesen sein soll. Lampadius hat sich, nebenbei erwähnt, ein großes Verdienst um die Verbesserung der Zuckerverwertung erworben, indem er neben Rödechen — der die Scheidung des freien Rübensaftes von seinen sonstigen Bestandteilen mittels Kalk einführte — mit Schaup zusammen den günstigen Einfluß der Holzkohle auf diesen Prozeß nachwies. Seine Fabrik soll allerdings, wie auch die von Achard bald wieder eingegangen sein, weil sich die Zuckerverwertung bei der damaligen geringen Ausbeute noch nicht als rentabel erwiesen hatte. Man kann sagen, daß in Deutschland erst um das Jahr 1820 die Zuckerindustrie, soweit sie Rüben als Rohstoff ver-

Lohnräuber

In Nr. 34 des „Bayerischen Bierbrauers“ wird zum zweitenmal in einem Artikel darauf hingewiesen, wie man die Arbeiter erfolgreich um den verdienten Lohn pressen kann.

In moralischer Hinsicht darf der Unternehmer den im Bierpreis ein kalkulierten Lohn nicht für sich in Anspruch nehmen, da der Unternehmerr Gewinn im Bierpreis an und für sich nicht zu kurz bemessen ist. Zu bedenken ist ferner, daß dieser Arbeitgeber mit seiner Manipulation meistens der Schleudertank Konkurrenz anheimfällt und somit nicht nur die Arbeiter, sondern das Gesamtgewerbe schädigt. Die Definiertung im Artikel des „Bayerischen Bierbrauers“, was wirtschaftlicher Druck ist, zeugt so recht von der Moral, welche der Artikelschreiber besitzt. Wir möchten ihm sagen, daß schon die Vorlage einer Ausgleichsquittung an den Arbeiter, womit er billiger arbeiten soll, als tariflich vorgesehen ist, ein soziales Verbrechen darstellt. Die tariflichen Löhne im Braugewerbe sind unter gleichberechtigter Mitwirkung in Gemeinschaft mit den Unternehmern vereinbart und deshalb unabdingbar. Wer den Versuch unternimmt, diesen Lohn zu kürzen, „selbst ohne Druck“, der muß sich den Vorwurf des Lohnraubes gefallen lassen. Daß so mancher Arbeiter in heutiger Zeit einen Lohnabzug von 3 bis 5 Mk. in der Woche hinnimmt, ohne sofort sich dagegen zu wehren, ist begreiflich. Jedoch von einem freiwilligen Verzicht auf seinen Lohn kann niemals die Rede sein.

Jedem ehrlichen Geschäftsmann auf der Welt wird nicht zugemutet werden können, insbesondere keinem Arbeiter, freiwillig auf seinen Lohn oder seine Forderung zu verzichten. Kein Brauereibesitzer, der für geliefertes Bier wöchentlich 200 Mk. zu bekommen hat, wird sich mit 150 Mk. zufrieden geben und freiwillig eine Ausgleichsquittung jede Woche unterschreiben. Die Bierlieferung würde umgehend eingestellt und der abgezogene Betrag sofort eingeklagt werden. Ob der „Bayerische Bierbrauer“ einer Belehrung in dieser Hinsicht zugänglich ist, muß die Zeit lehren.

Wir fordern deshalb jeden Kollegen auf, Ausgleichsquittungen nicht zu unterschreiben oder sich sofort an die Organisation zu wenden. Es müßte schlimm um das Arbeitsrecht in Deutschland bestellt sein, wenn solchen Lohnräubern nicht das Handwerk gelegt werden könnte. Wir hoffen auch, daß der „Bayerische Bierbrauer“ seinen Schnitzer wieder gut macht und seine Leser anweist, den tariflichen Lohn, der für Bayern allgemeinverbindlich erklärt ist, zu bezahlen. Derselbe ist nach Treu und Glauben von den beiderseitigen Tarifkontrahenten als Kaufpreis für die Ware Arbeitskraft als angemessen festgesetzt, darum kann während seiner Rechtsgültigkeit nichts geändert werden.

Vor neuen Spritsubventionen

Die Branntweinmonopolverwaltung ist kaum mehr in der Lage, Spirit, den sie abzunehmen gezwungen ist, weiterhin aufzuspeichern. Bis zum 1. April betrugen die Vorräte 2,4 Millionen Hektoliter, in der gleichen Zeit des Vorjahres nur 1,8 Millionen Hektoliter. Der gegenwärtige Bestand ist um 20 Proz. höher als der gesamte Abfluß des letzten Betriebesjahres. Es ist leicht erklärlich, daß aus dieser Steigerung der Vorräte erhebliche finanzielle Lasten erwachsen, die von der

arbeitete, neue Ansätze zu ihrer Entwicklung zeigte, die sich dann aber in wenigen Jahrzehnten sehr rasch zu großer Leistungsfähigkeit und wirtschaftlicher Bedeutung entfalten konnte.

War die Gesamtzeugung der deutschen Zuckerrfabriken im Jahre 1836/37 erst 1500 Tonnen, so betrug sie im Jahre 1880/81 schon 573 000 Tonnen, stieg bis zum Jahre 1890/91 bereits auf über 1,32 Millionen Tonnen und erreichte im Jahre 1905/06 sogar 2,42 Millionen Tonnen. Mit dieser Erzeugungsziffer stand Deutschland schon damals als der größte Rübenzuckerproduzent der Welt da, wenn wir zum Vergleich die Weltzeugung an Rübenzucker heranziehen, die im Jahre 1904 mit über 5,98 Millionen Tonnen ausgewiesen wurde. Zu jener Zeit hatte aber der Rübenzucker bereits den Weltrekord über den Rohr- oder Kolonialzucker davongetragen, dessen Weltzeugung sich im gleichen Jahre auf nur 4,42 Millionen Tonnen belief. Sehr gefördert wurde die Rübenzuckerfabrikation in Deutschland durch den im Jahre 1850 gegründeten Verein für Rübenzuckerindustrie des Zollvereins, der seit vielen Jahren ein Institut für zuckerindustrielle Untersuchungen unterhält, dessen jährlicher Kostenaufwand 50 000 Mark austrächt und das zugleich Lehranstalt, Forschungsinstitut und Versuchsanstalt für Rübenverarbeitung und Zuckherherstellung ist.

Deutschland erzeugte vor dem Kriege rund 27 Millionen Doppelzentner Zucker und stand damit weit aus an der Spitze der europäischen Zuckerproduktion. Es ist auch heute noch der größte Rübenbauer mit einer Anbaufläche von 426 356 Hektar, bei einer Gesamtfläche des europäischen Rübenbaues von 1 357 770 Hektar. Und die Zuckergewinnung belief sich 1928/29

Monopolverwaltung sehr schwer zu tragen sind. Zur Entlastung der Monopolverwaltung soll der jetzt 3 1/2 Proz. betragende Spiritusabnahmepreis durch die Kraftstoffwirtschaft erheblich erhöht werden. Aber schon der 3 1/2prozentige Beimischungsabnahmepreis belastet die Kraftstoffwirtschaft um mehr als 40 Millionen Mark jährlich. Eine Erhöhung des Uebernahmepreises wäre demzufolge nur denkbar, wenn der derzeitige Abnahmepreis von 70 Mk. so gesenkt wird, daß die Verbraucher nicht mehr stärker belastet werden. Von einer Senkung der Gestehungspreise scheint überhaupt nicht gesprochen zu werden. Wie in den Jahren vor-



Die politischen und religiösen Völkerverwanderungen der früheren Jahrhunderte wurden längst durch die wirtschaftlichen Massenwanderungen von Gruppen, Familien oder einzelnen Personen abgelöst. Ungehügender Bodenertrag, geringe Arbeitslöhne oder Ueberbevölkerung sind gegenwärtig die Hauptgründe zur Auswanderung. Seit 1819 wanderten allein nach den Vereinigten Staaten 38 Millionen Menschen aus, davon 6 Millionen aus Deutschland. Der Strom der Auswanderer, jetzt immer mehr durch scharfe Gesetze zurückgedrängt, richtete sich von jeher nach den Gebieten mit reichen, untergeschlossenen natürlichen Hilfsquellen und Golddistrikten und viele von denen, die glaubten, jenseits des Ozeans eine mit Gold gepflasterte Lebensstraße zu finden, sahen sich oft vor größeres Elend gestellt, als in der Heimat ihr Los war. Im letzten Jahr gehörten von 37 085 deutschen Ueberseeauswanderern (19 816 Männer und 17 269 Frauen) prozentual der größte Teil zur Berufsgruppe „häusliche Dienste“. Erst dann kamen die Berufsangehörigen der Landwirtschaft, der Industrie und von Handel und Verkehr.

auf über 16,55 Millionen Doppelzentner, während die Gesamtzeugung der führenden Zuckerproduzenten Europas, Rußland, Polen, Tschechoslowakei und Frankreich, etwas über 40 Millionen Doppelzentner betrug. In technischer Hinsicht werden von der Statistik für deutsche Zuckerindustrie 243 rübenverarbeitende Betriebe ausgewiesen, von denen im Januar 1929 194 in Betrieb waren. Einschließlich der Rohrzuckerfabriken umfaßt die Betriebsausstattung der Zuckerindustrie 277 Fabriken.

Neben Deutschland haben Rußland, die Tschechoslowakei, Frankreich und Polen die größten Zuckerindustrien. Oesterreich war früher sehr bedeutend, aber da durch die veränderten Verhältnisse nach dem Kriege viele Fabriken an die Nachfolgestaaten übergingen, so konnten sich die noch verbliebenen Betriebe erst in den letzten Jahren wieder zu größerer Leistungsfähigkeit entwickeln. Rußland verfügte 1927/28 über 169 arbeitende Zuckerfabriken, die mit 36 700 Arbeitern rund 13,35 Millionen Doppelzentner Weißzucker erzeugten. Der Rübenverbrauch bezifferte sich auf über 94,48 Millionen Doppelzentner. Die Erzeugung des Jahres 1928/29 wird mit 14,3 Millionen Doppelzentner ausgewiesen. In Polen gibt es zur Zeit 72 Zuckerrfabriken, von denen die meisten in technischer Hinsicht sehr rückständig sind. Die Erzeugung an Rübenzucker belief sich 1928/29 auf 675 946 Tonnen. Polen ist gleichzeitig der zweitgrößte Rübenbauer in Europa mit einer Anbaufläche von 252 000 Hektar. Ein großer Zuckerrzeuger ist vor allem die Tschechoslowakei, die mit einer Jahreserzeugung von einer Million Tonnen an der dritten Stelle der europäischen Zuckerproduzenten steht. Auch im Rübenbau nimmt dieses Land mit 228 000 Hektar Anbaufläche den dritten Rang ein.

her, so will auch in diesem Jahre der Reichsernährungsminister den ostelbischen Junkern auf dem Wege über die Spiritbrennereien erhebliche Subventionen zuschanzen.

Gegen diese Belastung der deutschen Wirtschaft zugunsten der ostelbischen Landwirtschaft, die, wie festgestellt wurde, nicht in allen Teilen auf die Brennerei angewiesen ist, wendet sich mit Recht die verantwortungsbewusste Öffentlichkeit. Es muß gefordert werden, daß die Subventionen in Wegfall kommen und auf diesem Wege die landwirtschaftlichen Großbetriebe, die es nicht notwendig haben, Kartoffeln anzubauen und diese zu Branntwein zu verarbeiten, sich umstellen. Wenn dies durchgeführt wird, dann wird es sich für die kommenden Jahre ermäßigen lassen, das Brennrecht wie gegenwärtig auf 80 Proz. festzusetzen. Wird nicht so verfahren, dann wird kaum ausbleiben, daß das Brennrecht erheblich herabgesetzt werden muß und diejenigen landwirtschaftlichen Betriebe darunter leiden werden, die unbedingt auf die Nebenverwertung der Kartoffeln angewiesen sind.

Fischbäckereien

Als neuester Zweig der Fischindustrie können die Fischbäckereien angesprochen werden. Sie sind bereits in allen größeren Städten vertreten. Tafelfertig zubereitete Fische werden an den Verbraucher abgegeben. Der „Jahresbericht über die deutsche Fischerei 1930“ weist darauf hin, daß sich erst durch die Errichtung der Fischbäckereien die Möglichkeit bot, schwer absehbare Fische in den Handel zu bringen. Die ganze Bewegung nahm ihren Ausgang von Cuxhaven u. a. strömte jetzt unter der Bezeichnung „Verband deutscher Fischbäckereien, Sitz Hamburg“. Gegenwärtig sind bereits 150 Fischbäckereien in Deutschland vorhanden.

Vom Standpunkt des Verteilungssystems der Fischindustrie aus kommt den Fischbäckereien eine große Bedeutung zu. Das erhält schon allein die Tatsache, daß in Hamburg in einem Fischbäckereibetrieb im Jahre 1930 1 830 000 Pfund Seefische verarbeitet wurden. In der Zeit der Schollenfänge wüchert wöchentlich etwa 25 000 Pfund Schollen verbacken und täglich 10 Kisten Heringe zu je etwa 200 Pfund verarbeitet. Nebenher aber wurden weiter 62 Waggons Kartoffeln zu je 300 Zentner und 84 000 Pfund Mehl benötigt. Beschäftigt waren in diesem Unternehmen dauernd 96 Personen. Neben den eigentlichen Fischbäckereien besaßen sich auch die Fischhändler durch Aufstellen von Fischbratöfen mit dem Vertrieb von gebackenen Fischen.

Da nun unser Verband laut seinen Satzungen auch für diese Betriebe, die der Fischindustrie zuzuzählen sind, zuständig ist, wurde, wie bereits berichtet, mit dem Verband Deutscher Fischbäckereien ein Tarifvertrag abgeschlossen. Ein besonderes Lohnabkommen, über das demnächst verhandelt wird, soll ebenfalls als Bestandteil des Tarifvertrages abgeschlossen werden. Es ist deshalb auch an dieser Stelle notwendig, darauf hinzuweisen, daß sich die in den Fischbäckereien Beschäftigten unserer Organisation anschließen. Was für die gesamte Arbeiterschaft in den Nahrungsmittel- und Getränkebetrieben gilt, ihren Verband stark und schlagkräftig zu machen, trifft ebenfalls auch für diese Berufsgruppe zu. Nur durch die Mitgliedschaft in einer starken Organisation lassen sich auf die Dauer Erfolge verbürgen!

In Frankreich, wo die Anfänge der Zuckerverzeugung auf das Jahr 1811 zurückgeführt werden, standen im Jahre 1928 108 Rübenzuckerfabriken im Betrieb, die eine Erzeugung von rund 860 000 Tonnen zu verzeichnen hatten. In England befanden sich 1927 allein 14 Gesellschaften mit 18 Rübenzuckerfabriken mit Zuckerverzeugung, deren Erzeugung auf etwa 3,7 Millionen Cwts. geschätzt wurde. In Spanien standen 1928 38 Zuckerrfabriken und in Italien 52 Fabriken im Betrieb. Die italienische Erzeugung belief sich vom August 1928 bis Februar 1929 auf über 2 Millionen Doppelzentner. Von den nordischen Ländern haben in der Zeit August bis Februar 1928/29 die schwedischen Fabriken rund 156,53 Millionen Kilogramm Verbrauchsucker angefertigt und in Dänemark haben 9 Fabriken 136,74 Mill. Kilogramm Zucker erzeugt.

Was die Weltzuckerverzeugung anbelangt, so muß festgestellt werden, daß sie in den letzten 15 Jahren seit 1913/14 ganz enorm zugenommen hat und zwar von einer durchschnittlichen Jahreserzeugung von 96 Millionen Doppelzentner in den genannten Jahren, auf rund 285 Doppelzentner im Jahre 1928/29. Im Zuckerverbrauch der Welt stand im Jahre 1927/28 Europa mit über 9,53 Millionen Tonnen an der Spitze. An zweiter Stelle kam Amerika mit über 8,25 Millionen Tonnen, dann Asien mit über 7,00 Millionen Tonnen und dann in sehr weiten Abständen Afrika mit nur 625 000 Tonnen und Australien mit 424 000 Tonnen.

Diese wenigen Beispiele mögen genügen, um die gewaltige Stellung aufzuzeigen zu haben, die der Zuckerindustrie heute in der Weltwirtschaft zukommt, auf deren Grundlage der Zucker als Volksnahrungsmittel eine so wichtige und wertvolle Bedeutung erlangt hat.

Eingänge bei der Hauptkasse

vom 21. August 1931 bis 27. August 1931.

(Postkontos der Hauptkasse: Berlin 120 79 Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter — Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin SW 40.)

Ortsgruppen:

- Angerburg 83,12, Friedrichstadt 28,86, Rüllein 37,55, Lüneburg 145,27, Neuhaldensleben 19,67, Neustrelitz 18,58, Fischersleben 105,74, Pößleben 300,50, Rothhammlitzer 5,50, Schleswig 67,69, Biersen 20,60, Königssee 100,—, Memmingen 200,—, Ranslau 400,—, Quedlinburg 100,—, Schleswig 67,53, Weimar 100,—, Freiburg i. S. 43,82, Lindenwalde 421,58, Rottstedt 242,19, Cleve 1559,98, Homburg/Platz 1035,64, Louterbach i. S. 60,—, Regensburg 4028,75, Saalfeld 3081,51, Silberhof 180,—, Güstrow 200,—, Seidelberg 600,—, Heilbronn 500,—, Karlsruhe 3000,—, Regensburg 22,60, Friedrichstadt 50,—, Gortau 200,—, Nahl 120,—, Eriar 26,98, Mühlhausen i. Th. 350,—, Schweinfurt 500,—, Schwemlingen 54,—, Waren i. M. 65,—, Heilbronn 19,76, Leipzig 0,31, Oldenburg 18,03, Lüneburg 145,27.

Sonstiges:

- Königsberg i. Pr. 55,21, Eßlingen 3,90, Dresden 2,40, Berlin 120 und 41,50 und 300,—, Rassel 12,80, Berlin 60,—, Hannover 75,—, Hindenburg 9,50, Weußen 25,—, Köln 10,— und 50,—.

Adressenänderung

Oldenburg. Das Bezirks- und Ortsgruppenbüro befindet sich Alexanderstraße 41.

Zwickau. Das Bezirksbüro des Bezirkes 29, Zwickau, befindet sich nicht mehr Zwickau, Reichenbacher Straße 26, sondern Zwickau, Reichenbacher Straße 22.

Korrespondenzen

Berlin. (Fortbildungskurse.) Die Berufsschule für Nahrungsgewerbetler, Friedrichstr. 126, veranstaltet im Winterhalbjahr wieder Wahlkurse an der Fachabteilung für Fleischer zur Weiterbildung für Angehörige unseres Gewerbes beiderlei Geschlechts.

1. Fachkunde für Gesellen (Vorbereitung für die Meisterprüfung, Fachkunde, Buchführung und Kalkulation) Dienstag und Donnerstag. 2. Fachkunde für Lehrlinge und Lehrlingmädchen (Vorbereitung für die Gesellen- und Mannschülprüfung) Donnerstag. 3. Buchführung für das Fleischergewerbe: Mittwoch. 4. Ladengespräche des Fleischers (Sprachkursus): Donnerstag. 5. Uebungen im Plakatzeichnen für Schaufensterbeschriftung: a) Anfänger: Montag, b) Fortgeschrittene: Donnerstag.

Die Kurse beginnen am 1. Oktober. Das Schulgeld beträgt für jeden Kursus für das Halbjahr 4 Mk. für den Kursus für die Meisterprüfung, der vier Stunden in der Woche umfaßt, 8 Mk. Bei Bedürftigkeit (Arbeitslosigkeit) wird Gebührenerlaß gewährt. Die Aufnahme in einen Kursus erfolgt in der Reihenfolge der Meldung, bei der gleichzeitig das Schulgeld zu zahlen ist. Die Meldung kann im Laufe des Monats September in den ersten vier Tagen der Woche von 8 bis 12 Uhr im Schulhause, Friedrichstr. 126, Hof links, Zimmer 33, erfolgen. Die Kurse liegen sämtlich abends 8 bis 10 Uhr, so daß niemand durch die Teilnahme an seiner Arbeit behindert wird.

Berlin. (Gesellenauswahl auf dem Schlachthof.) Am 25. August fand auf dem Schlachthof für die neugegründete Großschächter-Zwangsinnung Groß-Berlin die Gesellenauswahl statt. Trotz der späten Bekanntmachung des Wahltermins, 48 Stunden vorher, und ausgiebiger vorheriger Instruktion der „Meisterjöhner-Bereine“ wurden die von den Vertrauensleuten des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter vorgeschlagenen Kollegen mit überwältigender Mehrheit gewählt.

Hamburg. (Seegrenzschlachthof geschlossen.) Ohne Zweifel hat sich das Reich mit dem Druck auf verschiedene norddeutsche Städte, Seegrenzschlachthäuser zu errichten, kein Ruhmesblatt erworben. Ueber ihre Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit läßt sich streiten. Trotz Widerstrebens wurde auch Hamburg gezwungen, bei einem Kostenaufwand von etwa 5 Millionen Mark den Bau des Seegrenzschlachthofes vorzunehmen. Das Reich begründete die Notwendigkeit damit, einen wirksamen Schutz gegen das Einschleppen von Tierseuchen aus dem Ausland treffen zu müssen. Damit ist aber ein hüdniger Beweis keineswegsbracht; denn ebensogut lassen sich wirksame Schutzmaßnahmen auf jedem anderen Schlachthof schaffen. Um der Durchführung des Baues den notwendigen Nachdruck zu verleihen, wurden Strafe und einschneidende veterinärpolizeiliche Beschränkungen erlassen, die praktisch den Bau notwendig macht. Das Treiben gewisser agrarischer Kreise, die keine Maßnahmen scheuten, die Einfuhr ausländischen Viehes unmöglich zu machen, kam deutlich zur Geltung. Aber noch ehe der Bau vollendet war, wärtten sich zollpolitische Maßnahmen der Regierung zwangswellen der Seegrenzschlachthäuser aus. Der Zoll für lebendes Vieh wurde um mehr als 50 Proz. erhöht und später wurde der Zolltag noch weiter verschleppert. Das bedeutete eine starke Beeinträchtigung der Vieheinfuhr, die rapid nachließ und worauf auch die Tatsache zurückzuführen ist, daß deutsche Unternehmer Auslandsvieh im Ausland schlachten lassen und die Fleischzufuhr bevorzugen. Somit war die Existenz des Hamburger Seegrenzschlachthofes in Frage gestellt. Hinzu kamen die starken Inlandszuzuhren, so daß er geschlossen werden mußte. Wenn auch anzunehmen ist, daß das Inlandsangebot an Vieh im Spätherbst nachläßt, eine Belebung an Auslandszuzuhren zu erwarten ist und der Seegrenzschlachthof wieder geöffnet wird, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß der Bau von Seegrenzschlachthöfen eine Maßnahme war, die den betroffenen Gemeinden starke Sorgen bereitet.

Gewerkschaftl. Rundschau

Internationaler Textilarbeiterkongreß. In Berlin tagte vom 17. bis 21. August der 13. Internationale Textilarbeiterkongreß, der stark besucht war. In Verbindung fand aus Anlaß des vierzigjährigen Bestehens des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes eine schlichte Begrüßungsfeier statt, wobei der Verbandsvorsitzende Schrader die Geschichte seines Verbandes würdigte. In temperamentvoller Weise sprach der Sekretär der Textilarbeiterinternationale und das Mitglied der englischen Arbeiterregierung Thomas Shaw, der die internationale Zusammenarbeit der Arbeiterchaft feierte und Organisation, Zentralisation und internationale Zusammenfassung aller Kräfte besonders hervorhob. Neben einem Vertreter des Reichsarbeitsministeriums überbrachten auch der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei, der ADGB, und der Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes sowie der IOB. ihre besonderen Glückwünsche. Der Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes bedauerte, daß es bisher nicht möglich war, gleich wie z. B. im Bergbau auch in der internationalen Textilindustrie internationale Abkommen zu schaffen. Es müsse daher dafür gesorgt werden, daß internationale Regelungen der Arbeitsbedingungen und zur Bekämpfung der Ueberproduktion und der wilden Konkurrenz geschaffen würden. Wie der Sekretär der Internationale feststellen konnte, steht die Internationale organisatorisch unerschütterter dar. Die in Gent festgestellte Mitgliedschaft von über 925 000 Köpfen ist nur auf 917 000 Mitglieder zurückgegangen. Ein erneuter, unerschütterlicher Beweis für die Kraft und Stärke der Arbeiterchaft, die sich nicht nur national, sondern international zusammenzufinden weiß.

Der Kongreß beschäftigte sich noch mit Fragen der Rationalisierung, der Herabsetzung der augenblicklichen Arbeitszeit, den Löhnen und mit dem Ausbau der internationalen Kampffront. In einem Aufruf an die Textilarbeiter und -arbeiterinnen aller Länder wird appelliert an die gesamte Textilarbeiterchaft, in dem steten Kampf um die Verbesserungen der Lebensbedingungen nicht zu erlahmen, die Internationale ständig weiter auszubauen und, soweit einzelne Landesorganisationen der Internationale noch nicht angegeschlossen sind, ihren Beitritt zu vollziehen. Insbesondere richtet sich der Aufruf auch an die Unorganisierten und schließt mit den Worten „Durch Organisation und Einigkeit zum Sieg! Es lebe die internationale Solidarität der Textilarbeiter!“

Gemeindekonflikt beigelegt! Durch die Notverordnung vom 5. Juni wurde bekanntlich ein schwerer Konflikt zwischen den Gemeindearbeitern und den Gemeinden hervorgerufen, weil ein genereller Lohnabbau in „Angleichung an die Bezüge der Reichsarbeiter“ erreicht werden sollte. Die Verhandlungen, geführt durch das Reichsarbeitsministerium, gestalteten sich sehr schwierig. Der erste Vorschlag zum Lohnabbau durch das Reichsarbeitsministerium sah einen etappenweisen Abbau von 25 bis 30 Proz. vor, was für den beteiligten Gesamtverband anzunehmen eine Unmöglichkeit war. Am 22. August wurde nun eine Einigung dahingehend erzielt, daß die Löhne der Gemeindearbeiter um 4 Proz. mit Wirkung ab 28. August abgebaut werden sollen. Entgegen der ursprünglichen Forderung, auch die Kinderzulagen zu beseitigen, bleiben sie bestehen, während lediglich die Frauenzulage in Wegfall kommt. Angesichts der scharfen Lohnabbauabsprüche, die in letzter Zeit überall vorgenommen werden, ist der Erfolg des Gesamtverbandes ein sehr beachtlicher. Mit dieser Vereinbarung gilt der § 7 Abs. 4 der Notverordnung vom 5. Juni als erfüllt und abgegolten.

Verbandsstag der Lithographen und Steindrucker. Die Lithographen und Steindrucker hielten in der Zeit vom 16. bis 19. August ihren Verbandsstag in Erfurt ab. Gleichzeitig konnte der Verband im April d. J. sein 46jähriges Bestehen feiern. In dem vom Verbandsvorsitzenden erstatteten Geschäftsbericht kam zum Ausdruck, wie verheerend sich die Wirtschaftskrise auswirkt. Der Geschäftsbericht sowie die Tätigkeit des Verbandsvorsitzenden wurden einstimmig anerkannt, was dadurch zum Ausdruck kommt, daß er einstimmig wiedergewählt wurde. Ein Vertreter des ADGB. behandelte die Stellung der Gewerkschaften zum Staat und der zweite Verbandsvorsitzende Kollege Herbst beschäftigte sich mit den technischen Umwälzungen im Gewerbe. Beide Vorträge wurden beifällig aufgenommen. Die Vertreter waren sich darüber einig, alle Kräfte anzuspannen, um weitere soziale Ansprüche des Unternehmens abzuwehren. Schließlich wurde noch zur Frage der Lehrlingshaltung und Arbeitszeitverkürzung Stellung genommen und darauf hingewiesen, daß zum weiteren Ausbau des Verbandes alles unternommen werden müßte. Denn auch die Berufskollegen mit 97 Proz. erfaßt seien, so gelte es doch, weiter für den Verband zu wirken.

Kollektivvertragswesen in Frankreich. Angaben des französischen Arbeitsministeriums zufolge wurden den zuständigen Behörden im Jahre 1930 insgesamt 72 abgeschlossene Kollektivverträge bekanntgegeben. Die größte Zahl dieser Verträge wurde in der Lebensmittelindustrie und im Baugewerbe (je 16) abgeschlossen. Es folgen die Textilindustrie (einschl. Bekleidungsgerwerbe) und das Transportgewerbe mit je 7, die Landwirtschaft und Steinhauer mit je 4 sowie die Holzarbeiter (Möbeltischler inbegriffen), Lederarbeiter und Metallarbeiter mit je 3 Verträgen. 30 dieser Verträge sind nach Streits abgeschlossen worden, 42 nach der Intervention von Präfekten, Unterpräfekten, Bürgermeistern, Friedensrichtern und Arbeitsinspektoren.

Was die Vertragsdauer betrifft, so läßt sich den vorhandenen Angaben entnehmen, daß 34 Kollektivverträge zwischen Unternehmervereinigungen und Gewerkschaften abgeschlossen wurden, ferner 9 zwischen nicht organisierten Unternehmern oder Unternehmergruppen und Gewerkschaften, 2 von gemeinsamen Kommissionen. Die Verträge wurden meistens ohne Laufzeit (mit Kündigungsfrist) abgeschlossen, 30 hingegen für einen bestimmten Zeitabschnitt, d. h. 6 Monate (6 Verträge), 8 Monate (3), ein Jahr (13), zwei Jahre (3), drei Jahre (3), vier Jahre (2).

14 Verträge enthalten Bestimmungen über die Arbeitszeit (Durchführungsbestimmungen für den Achtstundentag), 40 über Mindestlöhne, 15 über Reisevergütungen usw., 11 über bezahlte Ferien, 15 über Ueberstundenätze, 9 über die gleitende Lohnskala, 12 über die Einsetzung paritätischer gemischter Kommissionen zur Behandlung irgendwelcher Konflikte.

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Arbeitsmarktlage. Wie die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mitteilt, hat das Abfluten der Beschäftigungsmöglichkeit auch in der ersten Augusthälfte zugenommen. Im gleichen Zeitraum betrug die Zunahme der Arbeitslosen 114 000 gegenüber 80 000 der gleichen Zeit des Vorjahres. Vom 15. Juli bis 15. August wurden insgesamt 148 000 (129 000) Arbeitslose mehr gezählt. Nach den Gesamtzählungen der Arbeitsämter wurden am 15. August 4 104 000 Arbeitslose ermittelt. Als Ursache der Zunahme werden Zugänge aus der Landwirtschaft und Auswirkungen der Kreditkrise angegeben. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist um 20 000 auf 1 225 000, die der Krisenunterstützungsempfänger um 29 000 auf 1 056 000 gestiegen.

Meisterjöhne und Arbeitslosenversicherung. Die Spruchkammer in Dortmund verneinte die Versicherungspflicht der Meisterjöhne. In der Begründung führte sie aus, daß nach der Entscheidung des Reichsversicherungsamtes bei der Beurteilung der Versicherungspflicht eines Beschäftigungsverhältnisses zwischen Eltern und Kindern neben wirtschaftlichen auch sittliche Gesichtspunkte zu berücksichtigen sind. Es muß die Versicherungspflicht zur Krankenversicherung für den Sohn eines Handwerksmeisters verneint werden, der nach der Erlernung des Handwerks in dem von ihm später zu übernehmenden Geschäft des Vaters sich betätigt und lediglich die Zuwendungen eines Haussohnes erhält. Die Entscheidung besagt auch weiter, eine Versicherungspflicht ist zu verneinen, wenn das Beschäftigungsverhältnis von Meister und Sohn in dem Ziel beherrscht wird, den Sohn zum Geschäftsnachfolger heranzubilden. Hier tritt zu der im wirklichen Recht anerkannten Familienpflicht noch die besondere Standstrücksicht. In einem solchen Falle könne von einem reinen Beschäftigungsverhältnis nicht mehr gesprochen werden.

Auf Grund dieser Entscheidung mußte die Spruchkammer auch im vorliegenden Falle die Versicherungspflicht verneinen. Es war auch für die Entscheidung von Bedeutung, daß der Sohn einen bestimmten Lohn nicht erhalten hat, sondern nur Taschengeld, wie ein anderes Kind je nach Bedarf und Mittel, und weiter eine Steuerkarte nicht geführt, desgleichen auch Beiträge zur Invalidenversicherung nicht abgeführt wurden.

Diese Entscheidung, wie auch die seit mehreren Jahren geübte Einstellung des Reichsversicherungsamtes, entspricht den tatsächlichen Verhältnissen. Die im väterlichen Geschäft tätigen Meisterjöhne können nicht als Lohnarbeiter bewertet werden, denn sie übernehmen in den allermeisten Fällen das väterliche Geschäft. Bei einer korrekten Durchführung dieser Entscheidung würde bestimmt eine große Entlastung in der Erwerbslosenfürsorge eintreten können.

Einkommensausfall der deutschen Arbeitnehmerchaft. Das Institut für Konjunkturforschung hat über den Ausfall der Einkommen der Arbeiter und Angestellten genaue Erhebungen angestellt, die einen Beweis der gesunkenen Kaufkraft darstellen. Im 1. Vierteljahr 1931 ist das Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohn- und Gehaltsabbau um 1,25 Millrd. Mark oder 12 Proz. niedriger gewesen als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Für das 1. Halbjahr 1931 wird ein Ausfall von etwa 3 Millrd. Mark vorausgesagt. Dieser Ausfall an Kaufkraft wirkt sich naturgemäß auch im Umsatz der Lebensmittel aus, die im 1. Halbjahr 1931 um 8,4 Proz. gegenüber des 1. Vierteljahres 1930 zurückgingen. Bei den Textilwaren beträgt der Rückgang sogar 16,3 Proz.

Am die Herabsetzung der Lebenshaltungskosten. Der Finanz- und Wirtschaftsplan des Deutschen Städte- tags erklärt als erste Voraussetzung seiner Durchführung eine Herabsetzung der Lebenshaltungskosten, insbesondere der Lebensmittelpreise. Im Verfolg dieses Planes fand am 28. August im Städtetag eine Besprechung darüber statt, ob es möglich sei, den Arbeitslosen im kommenden Winter an Stelle der Geldleistungen eine Naturalversorgung zu gewähren, um wenigstens für sie die Preise des täglichen Bedarfs herabzusetzen. In der Besprechung, an der Vertreter deutscher Städte, der zuständigen Reichsstellen, der freien Wohlfahrtspflege, der Gewerkschaften und der Wirtschaft teilnahmen, wurden die Schwierigkeiten, die der Durchführung dieses Gedankens noch entgegenstehen, keineswegs verkannt. Trotzdem müsse die Möglichkeit geschaffen werden, um die Arbeitslosen und Hilfsbedürftigen wenigstens mit verbilligtem Brot, Kartoffeln und Brennstoff unmittelbar zu versorgen. Verhältnismäßig einfach sei das in kleinen und

mittleren Städten, schwieriger in Großstädten. Der Deutsche Städtetag wird der weiteren Klärung der Frage seine besondere Aufmerksamkeit widmen und entsprechende Vorschläge den zuständigen Stellen übermitteln.

56 Millionen Mark Investitionen an Vieh- und Schlachthöfen. Wie das Institut für Konjunkturforschung errechnet, haben die deutschen Gemeinden in den Jahren 1924—1927 56 Millionen Mark durch vorgenommene Neu-, Um- und Ausbauten der Anlagen investiert. Das Institut betont, daß die meisten Ausgaben für den Bau der Seegrenzschlachthäuser beansprucht wurden, so daß von den Aufwandsmitteln für die gemeindlichen Vieh- und Schlachthöfe nur ein geringer Teil entfällt.

Lebend-Viehmarktsauftriebe im 1. Halbjahr 1931. Die preußische Landwirtschaftskammer hat auf 39 der bedeutendsten preußischen Schlachtviehmärkte für das 1. Halbjahr 1931 folgende Lebendviehmarktsauftriebszahlen ermittelt: 591 195 Rinder, 676 724 Käiber, 386 919 Schafe und 2 870 478 Schweine. In diesen Zahlen ist das Auslandsvieh, das nach veterinärpolizeilichen Bestimmungen Viehmärkte nicht berühren darf, wie folgt enthalten: 22 245 Rinder, 7773 Käiber, 215 Schafe und 48 623 Schweine. In den angegebenen ersten Zahlen sind weiter die Tiere enthalten, die im Lande gehandelt wurden und einen Viehmarkt nicht passierten. Die Rinder sind dabei mit 2,8 Proz., Käiber mit 0,6, Schafe mit 9,3 und Schweine mit 14,2 Proz. beteiligt. Als reime Marktkauftriebtiere unter Ausschaltung des Auslandsviehes bleiben übrig: 552 217 Rinder, 664 891 Käiber, 350 721 Schafe und 2 414 247 Schweine.

Beimahlungszwang von Kartoffelmehl. Minister Schiele plant eine neue Verordnung zum Beimahlungszwang bei Weizenmehl. Danach sollen 5 Proz. Kartoffelstärke zum Weizenmehl bereits in den Mühlen zugesetzt werden. Nach gemachten Proben soll dieser Prozentsatz irgendwelche nennenswerte Veränderungen des Gebäcks nicht ergeben. Ob auch der Verkauf von reinem Weizenmehl an den Konsum unterlagt wird, steht noch nicht fest. Mit dieser Verordnung soll eine Stützung der Kartoffelpreise erfolgen. Durch den Beimahlungszwang soll weiter erreicht werden, daß sämtliche Stärkebetriebe wieder voll beschäftigt werden.

Schlachtsteuerverdoppelung in Bayern. Um die Einnahmen im bayerischen Staatshaushalt zu vergrößern, hat der Bayerische Staatsrat beschlossen, die bisherige Schlachtsteuer um etwa das Doppelte zu erhöhen. Das Haushaltsdefizit Bayerns beträgt 28,6 Millionen Mark. Aus der Erhöhung der Schlachtsteuer wird eine Mehreinnahme von 7,2 Millionen Mark errechnet. Die Schlachtsteuererhöhung wird gemäß § 64 der Bayerischen Verfassungsurkunde durch eine Notverordnung durchgeführt. Es ist angeordnet, daß die Erhöhung von den Fleisch- und Wurstwarenverkäufern getragen wird, sie darf also nicht auf die Konsumenten abgewälzt werden.

Vernichtete Ernteschäpe. In der Tschechoslowakei herrscht infolge der diesjährigen guten Gurkernte unter den Gurkenzüchtern eine heillose Verwirrung. Der Ernteausschlag ist so groß, daß bei dem Ueberfluß an Gurken gar kein Absatz vorhanden ist. In Jungbunzlau haben die Gurkenzüchter 700 Meterzentner Gurken vernichtet. In Prag werden täglich mehrere Kahnladungen in die Moldau versenkt und auch in Wien wurden Gurken, die infolge der Zollerhöhung nicht abgesetzt werden konnten, in die Donau geschüttet. Die Behörde gestattete es nicht, da sich die Rücktransportkosten der Gurken nicht lohnten, dieselben unter die Arbeitslosen zu verteilen. Dieser engstirnigen bürokratischen Einstellung zufolge mußten sie vernichtet werden.

Unternehmertum

Brotfabriken Handwerksbetriebe. Das Reichswirtschaftsgericht fällte kürzlich eine Entscheidung in der Verwaltungsstreitsache einer Brotfabrik und Walzenmühle gegen die Eintragung in die Handwerksrolle. Es wurde die Beschwerde zurückgewiesen und die Brotfabrik als zum Handwerk gehörend erklärt. Im Vorstadium wurde der Brotfabrik durch einen Beschluß des Stadtausschusses recht gegeben und ihre Beschwerde gegen die Handwerkskammer als begründet anerkannt. Der Bezirksausschuß hat hingegen wiederum die Beschwerde der Brotfabrik zurückgewiesen. Es ist nicht zum erstenmal entschieden worden, daß Großbetriebe, die als Fabriken bezeichnet werden müssen, als zum Handwerk gehörend von der Aufsichtsbehörde betrachtet werden. Wir erinnern hierbei an ein Streitverfahren des Konsumvereins in Frankfurt am Main, wobei ebenfalls dieser genossenschaftliche Bäckereibetrieb durch Entscheidung des Oberregierungspräsidenten zum Handwerk gehörend betrachtet wurde. Dadurch werden bestimmt den Handwerkerorganisationen gewaltige Rechte eingeräumt, wenn Großbetriebe zwangsläufig den Handwerkerorganisationen angeschlossen werden, diese jedoch auf Grund ihrer schwachen Vertretung in den Innungen ihren Einfluß nach keiner Richtung geltend machen können, weil sie von den wirtschaftlich schwachen Zwergbetrieben überstimmt werden. Ob der Gesetzgeber eine solche Auswirkung der neuen Handwerksnovelle wünschte, das wissen wir zu bezweifeln.

Verlustabschluß bei Stollwerck. Für das Geschäftsjahr 1930/31 ist mit einer Dividendenverteilung kaum zu rechnen. Es zeigt sich jetzt deutlich, daß die Belastung aus der Reichardt-Transaktion infolge der allgemeinen trübsinnigen Entwicklung relativ schwerer geworden ist als ursprünglich erwartet wurde. Der Vorstand wurde bereits von sieben auf fünf Personen vermindert und jetzt soll anscheinend von

Großbankseite noch zu weiteren Spar- und Reorganisationsmaßnahmen geraten werden. Darüber konnte aber noch nichts Näheres erfahren werden, denn die Verwaltung selbst lehnt jede Erklärung ab.

Allgemeine Rundschau

Englische Arbeiterregierung zurückgetreten. Das zweite Kabinett der Regierung Macdonald ist zurückgetreten. Der Rücktritt hängt unmittelbar mit Währungs- und Budgetfragen zusammen, wobei es im Kabinett selbst zu Meinungsverschiedenheiten kam. Sechs Minister erklärten, einen Abbau der Sozialleistungen und eine Kürzung der Arbeitslosenunterstützung um 10 Proz. nicht verantworten zu können. Sie stellten sich vielmehr hinter die Forderungen der Gewerkschaften, die erklärten, daß die geplanten Maßnahmen unannehmbar seien. In der Regierung verbleiben lediglich Macdonald, Snowden und ein weibliches Mitglied, die sich im offenen Gegensatz zu den übrigen Kabinettsmitgliedern befinden.

Internationales

Ferdinand Jirasek †. Am 8. August verschied nach langem, schwerem Leiden Kollege Ferdinand Jirasek, Prag. Unsere tschechoslowakische Bruderorganisation hat einen ihrer Besten verloren. Jirasek wurde 1871 in Prag-Kosire geboren und trat nach Entlassung aus der Volksschule in die Bäckerlehre in Prag. 1888 ist er als 17-jähriger bereits aktiv in der Arbeiterbewegung tätig. In unermüdlicher zäher Arbeit erwarb er sich bald das Vertrauen seiner Berufskollegen. Sein Kampf galt in erster Linie der Beseitigung der schauerhaften Zustände in den Bäckereibetrieben. Bald war auch die Macht der Kollegenschaft in der Organisation so stark, daß der Kampf mit Erfolg gegen das sozial rückständige Unternehmertum geführt werden konnte. Doch diese Kämpfe schlugen der Kollegenschaft Wunden, die der Verstorbene dadurch zu heilen versuchte, daß er mit den Ausgesperrten eine Genossenschaftsbäckerei errichtete. Ein gewagtes Beginnen, das aber zum vollen Erfolg dank umsichtiger Arbeit des Verstorbenen führte. Freund Jirasek betätigte sich mit gleicher Energie und gleichem Erfolg hervorragend in der politischen und konsumgenossenschaftlichen Bewegung. In der Vorkriegszeit war er Abgeordneter im österreichischen Reichsrat. Nach dem Umsturz wurde er Mitglied der tschechoslowakischen Nationalversammlung bis zum Jahre 1925. Seine genossenschaftliche Tätigkeit verschaffte ihm das große Vertrauen, daß er in den letzten Jahren Obmann des Zentralverbandes der Genossenschaft wurde. Neben noch anderen vielen Ehrenposten trug er als Vorsitzender des Verwaltungsrates der Arbeiterbäckerei in Prag viel zu ihrer heutigen imposanten Größe bei.

Jirasek hatte auch einen guten Namen in der internationalen Bäckerbewegung. Als Vertreter seiner Landesorganisation war er 1903 auf dem 1. Internationalen Kongress der Bäckereiarbeiter in Stuttgart anwesend. Sein unerschrockenes, unermüdliches Eintreten für die entrechteten Berufsangehörigen, seine reiche Früchte tragenden Arbeiten für die Arbeiter-schaft sichern ihm ein ehrendes, dauerndes Andenken.

20 Jahre Kampf der Schweizer Bäcker. Die wirtschaftliche Struktur der schweizerischen Bäckereibetriebe gleicht sich sehr stark den Verhältnissen in Deutschland an. Das Bäckergewerbe wird zum weit-ausgedehnten Teil von Klein- und Zwergbetrieben beherrscht. Eine erstmalige Erhebung vom Jahre 1894 von Zürich stellte fest, daß 217 Bäckermeister neben 289 Gehilfen und 124 Lehrlingen gezählt wurden. Gehilfen wie Lehrlinge standen in sehr jugendlichem Alter. Unter 15 Jahren wurden 9, von 15 bis 19 Jahre 286, von 20 bis 29 Jahre 225, von 30 bis 39 Jahre 21 und über 40 Jahre 13 Personen gezählt. So wie in Zürich war es auch in der damaligen Zeit anderwärts. Eine Erhebung von St. Gallen ergab, daß in 62 Bäckereien 55 Gehilfen und 112 Lehrlinge beschäftigt waren. Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der in den Bäckereien Beschäftigten waren höchst rückständig. Allgemein herrschte der Kost- und Logiszwang im Hause des Unternehmers bei äußerst niedrigen Löhnen und langer Arbeitszeit, die wiederum in die Nachtstunden bei siebentägiger Arbeitswoche fiel.

Wiederholt haben sich sozial weitblickende Personen und insbesondere der verstorbene Altmeister der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung, Genosse Greulich, bemüht, auf den Gesetzgeber einzuwirken, um eine Aenderung dieser schauerhaften Verhältnisse zu erreichen. Es wurde wiederholt von der Wissenschaft nachgewiesen, wie unhygienisch die Arbeitsräume, die vielfach unter der Erde liegen, sind. Es wurde auf die lange Arbeitszeit, die sich bis auf 17 Stunden täglich ausdehnte und die sehr schlechten Wohnungsverhältnisse der Gehilfen und Lehrlinge verwiesen. Die Konsumenten waren den Gefahren ausgesetzt, daß sich die vielen bei den Bäckern herrschenden Berufskrankheiten auf die Warenkäufer übertragen würden. Damals wurde schon der Kampf um die Abschaffung der Nachtarbeit in den Bäckereien aufgenommen und unsere schweizerische Bruderorganisation entfaltete in jenen Jahren eine außerordentlich lebhafteste Tätigkeit, die durch die Sympathien eines großen Teiles der Brotkonsumenten für die Beseitigung der Nachtarbeit und Verkürzung der Arbeitszeit unterstützt wurde. Diese gute Fortschritte zu verzeichnende Bewegung wurde durch den Kriegsausbruch leider unterbunden.

In der Nachkriegszeit wurde von der Gesetzgebung die 48-Stunden-Woche aber nur für die in den Fabrikbetrieben Beschäftigten angeordnet. Das große Heer der gewerblichen Arbeiter, die in den Klein- und

Zwergbetrieben beschäftigt sind, gingen leer aus. So blieb der Organisation nichts anderes übrig, als durch tarifliche Vereinbarungen mit den Unternehmern die größten Mißstände zu beseitigen. Dabei spielte sich der gleiche Kampf ab, wie wir ihn in Deutschland zu bestehen hatten. Das Unternehmertum gründete meistertreue Gehilfenvereine und benützte diese als Schutzwall gegen die Anstürme der gewerkschaftlich organisierten Gehilfenschaft. Dennoch haben unsere Schweizer Kollegen mit erfreulicher Bravour, jedoch mit wechselndem Erfolg auf tariflichem Wege die Arbeitsverhältnisse saniert. Wenn auch nicht allerorts vertragliche Abmachungen zustande gekommen sind, so traten dennoch bedeutende Verbesserungen in allen Orten ein, weil die Unternehmer, dem Zwang der Verhältnisse gehorchend, von ihrem sozial rückständigen Standpunkte abgehen mußten. Durch die Entscheidung des Internationalen Arbeitsamtes und Schaffung einer Konvention zum gesetzlichen Verbot der Nachtarbeit ist auch der Kampf um die Abschaffung der Nachtarbeit bei der schweizerischen Kollegenschaft stark in den Vordergrund getreten. Zu den Staaten, die noch nicht die Konvention ratifiziert haben, gehört auch die Schweiz. Daß der Druck der Regierung nicht mit Erfolg geführt werden konnte, liegt in der unbegreiflichen organisatorischen Zersplitterung der Kollegenschaft. Längst würde die Kollegenschaft viele alte zünftlerische Ueberlieferungen beseitigt haben, wenn sie dem Unternehmertum nicht mehr Gefolgschaft leisten würden. Die Einsicht bricht sich aber trotz aller Hemmungen Bahn und die Gehilfen sehen ein, daß ihnen nicht mehr die lokalen Vereine unter Protektion der Meisterschaft dienen können. Der jahrzehntelange Kampf der Gehilfenschaft konnte gute Früchte zeitigen. Verschwunden sind die Ausbeutungsmethoden, wie sie in der Vorkriegszeit an der Tagesordnung waren. Der Marsch zum kulturellen Aufstieg hat begonnen und nun hängt es davon ab, inwieweit die Machterweiterung erfolgen wird, um bald das Ziel zu erreichen. Wir wünschen der Schweizer Kollegenschaft die besten Erfolge in ihrem zähen Ringen gegen die zünftlerische Reaktion.

Literatur

Kohlenpott. Ein Buch von der Ruhr. Von Georg Schwarz. 207 Seiten. Reich illustriert. In Leinen nur für Mitglieder 3 M. Erschienen in der Bäckergilde Gutenberg. — Der Verfasser, der das Ruhrgebiet gut kennt — er verlebte dort seine Jugend — erzählt vom Schicksal des Bergmanns in der Tiefe, von den Gefahren seiner Arbeit, von seinem jämmerlichen Lohn und seinen trübseligen Daseinsverhältnissen. Er hat die Werte von Stupp befolgt und berichtet von der Geschichte und den Ausbeutungsmethoden dieser Riefenfirma, er erzählt vom Arbeitsphysiologischen Institut und vom Diana, dieser neuesten Giffküche der Unternehmer, in der vor allem das Gas zusammengebaut wird, das die Situationen des Klassenkampfes vernebeln soll. Wer das Leben des Ruhrkumpfers nicht aus eigener Anschauung kennenlernen kann, dem sei dieses Buch empfohlen.

Bahn-Europa 1934. Von Hanns Gobsch. 348 Seiten. In Leinen 4,80 M. Fadelreiter-Verlag, Hamburg-Bergedorf. — Die Handlung des Romans ist eine Bifida, die der Dichter in höchster Formvollendung niedergelegt hat. Das was er mit seinem geistigen Auge sieht, ist in Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse jedoch alles andere als eine Utopie. Hanns Gobsch schreibt, indem er mit heißem Herzen und kalter Vernunft die Säden eines gleichwärtigen und grauenhaften Geschehens sät, den unheilvollen Knoten spürt und ihn vor einem unerbittlichen Geschick zerfallen läßt, die Tragödie Europas, die — verballt sie als Dichterverwort ins Leere — sich bald ins Weltbuch einschreiben müßte, dann aber mit Granaten, Trümmern und Leihengeseuch. Dieses Werk ist unter den bisher erschienenen Kriegsbüchern das wertvollste. Es stellt nicht Gemeines dar, sondern schärfert das Bewußtsein, indem es gleichzeitig warnet und seine Stimme gegen die sich anbahnende Unternunft erhebt. Im Interesse Europas, das den Frieden dringender als je bedarf, ist eine weite Verbreitung dieses Buches zu wünschen.

Anzeigen

Advertisement section containing multiple notices for various groups and individuals, including 'Nachruf!', 'An dem 21. August verstarb unser Kollege...', 'An dem 26. August verschied unser Kollege...', and 'An dem 27. August verstarb unser lieber Kollege...'. Each notice includes details about the deceased and the organizing group.

